

Bezugspreis:

Vom 1. Sept. - 31. Okt. 20 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 30. Septbr. - 6. Oktbr. für Deutschland, Danzig, Saar und Memelgebiet sowie Österreich u. Ungarn 41 600 000 M., für das übrige Ausland 52 000 000 M. Volkbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Rohr und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zusammen Sonntag und Montag einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 30. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einseitige Reklamewelle 400 Mark. Restamezelle 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 120 M. (gültig für zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellensuche das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 M. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl kurzzeit 50 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kahrs Feldzug gegen das Reich.

München, 29. September, abends 6 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag nachmittags wurde die sozialdemokratische Parteileitung von verschiedenen Seiten mindestens zehnmal davon verständigt, daß in der Nacht zum Samstag sowohl gegen die „Münchener Post“ als auch gegen das Gewerkschaftshaus etwas unternommen würde. Von der Parteileitung wurde deshalb angeordnet, daß je eine 20 Mann starke Wache der S. A. das Eigentum der Arbeiterpartei schützen sollte. Abends gegen 8 Uhr durchsuchten Mannschaften vom Landespolsitz die Stadt. Vier Lastautos mit stahlbehelmten Landespolsitzisten, begleitet von einem Panzerwagen, fuhren zum Gewerkschaftshaus. Die Pölsitzisten und eine Anzahl Kriminalbeamten durchsuchten im Auftrage des Generalstaatskommissars das Haus und die anwesenden S. A. Leute nach Waffen. Die Verhaftung der einzelnen Wachposten und Durchsuchung des Hauses hatte keinerlei Ergebnis. Als die Lastwagen und das Panzerauto vom Gewerkschaftshaus abrückten, fuhr in einem Abstand von etwa 100 Metern Hitler in seinem Kraftwagen nach. Das war vielleicht nur ein Zufall. Hierauf fuhren die Lastwagen und das Panzerauto zum Gebäude der „Münchener Post“.

Schwere Maschinengewehre wurden aufgestellt und gegen das Haus gerichtet, die Straßen wurden abgesperrt.

Dann ging es an die Durchsuchung des Hauses. Ergebnis: in einem abgeschlossenen Zimmer wurden 40 Infanteriegewehre, 2 leichte Maschinengewehre und eine Anzahl Handgranaten beschlagnahmt. Einiges Brautgut, auch solchen mit Waffenschein, wurden Handfeuerwaffen abgenommen. Gen. Kuer ging hierauf zur Polizei und gab eine entsprechende Erklärung ab. Damit war die Aktion für den Abend abgeschlossen. Die Polizei begründete ihr Vorgehen mit der Behauptung, daß die Zusammenkünfte der letzten Zeit zwischen S. A. Leuten und den Sturmtruppen Hitlers von den ersteren veranlaßt worden seien. Wie es um diese Behauptung steht, ist bekannt.

Das ganze Vorgehen des Generalstaatskommissars hat um so mehr

Erregung in der Arbeiterschaft

hervorgerufen, als bis jetzt nichts davon bekannt geworden ist, daß in derselben Weise auch gegen die schwerbewaffneten Sturmtruppen des Kampfbundes vorgegangen wurde. Im Unbeizunehmen zu vermeiden, richtete die „Münchener Post“ heute an die Arbeiterschaft folgende öffentliche Mahnung:

Bewahrt kaltes Blut, vergeht wenigstens Ihr nicht, daß ausländisches Militär noch auf deutschem Boden steht, daß es außenpolitisch nicht um einen Generalstaatskommissar, daß es nicht um München, sondern um Deutschland geht! Bewahrt Ihr wenigstens Disziplin, laßt Euch unter keinen Umständen zu wilden Aktionen verleiten! Nicht ein einzelner Betrieb, nicht eine einzelne Branche, sondern wenn es sein muß, die ganze organisierte Arbeiterschaft, dann aber geschlossen!

Ein neues Moment dieser politischen Situation ist durch das Verbot des „Völkischen Beobachters“ geschaffen. Von morgens 9 Uhr ab fanden deshalb im Generalstaatskommissariat zwischen Kahrs und Löffow ausgebreitete Besprechungen

statt. Bei der zuständigen amtlichen Stelle im Ministerium herrschte um die Mittagsstunde die Auffassung, daß das Verbot des „Völkischen Beobachters“ rückwärts durchgeföhrt werde. Währenddessen wurden aber auf dem Generalstaatskommissariat ganz andere Entschlüsse geföhrt, durch die blühartig die gesamte Defensivität von der Richtung der Politik des bayerischen Ausnahmezustandes aufgeklärt wurde. Diese Beschlüsse haben folgenden Wortlaut:

- 1. Die sogenannten Schutzabteilungen der sozialdemokratischen Partei (S. A.) sind auf Befehl des Generalstaatskommissars von heute ab verboten.
2. Die Vollzugsverordnung für das Republikahugebot für Bayern ist außer Kraft geföhrt.
3. Der Generalstaatskommissar hat sich durch die ebenso böartigen wie unwarnten Angriffe des „Völkischen Beobachters“ noch nicht veranlaßt geföhlt, das Blatt zu verbieten, hat aber den verantwortlichen Redakteur auf das Generalstaatskommissariat entbieten lassen, um ihm zu eröffnen, daß der geringste Verstoß mit hinterhältiger Politik der Herabsetzung der Aufgaben und Absichten des Generalstaatskommissars fortzusetzen, rückwärtslos bestraft werde.

Die Auflösung der S. A. bestätigt von neuem, daß gegen die freigeorganisierte Arbeiterschaft anders vorgegangen wird als gegen die übrigen Richtungen.

In der soeben erschienenen Sonntagsausgabe des „Völkischen Beobachters“, in der auf der ersten Seite Ludendorff abgebildet wird, ist die Sprache gegen die Regierung ebenso böartig wie bisher. Hier heißt es z. B.:

„Wir wollen Zwietracht säen zwischen bewußt großdeutsches Völkischen Kämpfern und gehirnveralteten Nationalrevolutionären“, wilhgemordenen Epigonen, welche sich vor nichts mehr fürchten, als vor einem wirklichen Mann. Wir erklären: Bedingungslos kann man sich nur hinter einen Führer stellen, von dem man Leistungen anerkennt, von dem man weiß, daß er in entscheidenden Minuten nicht zusammenbrechen wird. Kahrs ist mehrfach zusam-

mengedrochen. Dieses Zusammenbrechen Kahrs ist mit in erster Linie schuld daran, daß die ganze völkische Arbeit von neuem begonnen werden mußte. Wenn er sich heute einem gewolligen völkischen Gefühl gegenüber sieht, so erntet er die Früchte der Arbeit Adolf Hitlers, der von Stadt zu Stadt den Gebanden der deutschen Freiheit getragen hat. Hinter einen „Führer“ wie Kahrs kann man sich nicht bedingungslos stellen, weil man weiß, daß er trotz besten Willens dank innerem Mangel zu einem Werkzeug der Mächte werden kann, denen er selbst innerlich feindselig gegenübersteht.“

Fort mit den Republikanern!

München, 29. Mai. (M.B.) Laut „München-Kugsburger Abendzeitung“ hat der Generalstaatskommissar Dr. von Kahrs dem Bürgermeister Luppe in Nürnberg die Polizeigewalt in der Stadt entzogen und sie dem Staatskommissar von Nürnberg-Fürth Oberregierungsrat Garais übertragen.

München, 29. September. (M.B.) In einem Rundtelegramm der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums an sämtliche Dienststellen heißt es, daß sich die Notverordnung der bayerischen Regierung nur auf die Sicherung der Ruhe und Ordnung beziehe. Die Anordnungen des bayerischen Generalstaatskommissars seien ebenso wie die des Reichs als Kommissar ausgestellten Reichswehrminister Maßnahmen der vollziehenden Gewalt auf Grund der Reichsverfassung. Die Zuständigkeit der Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums in eisenbahndienstlichen Angelegenheiten werde durch die bayerische Notverordnung nicht berührt, in dienstlichen Angelegenheiten habe daher das gesamte Personal ausschließlich den Anordnungen der Zweigstelle und der in ihrem Namen gegebenen Weisungen Folge zu leisten.

Der Versuch Kahrs, selbst das durch die Reichsregierung ausgesprochene Verbot des „Völkischen Beobachters“ beiseitezuschieben und illusorisch zu machen, ist nur ein weiteres Glied in der Kette der gegen das Reich gerichteten Handlungen dieses bayerischen Diktators. Wir erwarten, daß der vom Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt eingesetzte Reichswehrkommandeur v. Löffow die ihm erteilten klaren Befehle ebenso klar und unzweideutig durchführt, wie sie erteilt sind. Und wir glauben zu wissen, daß ihm vom Reichswehrminister aufgetragen ist, das Verbot des völkischen Blattes auf eine Woche nicht nur auszusprechen, sondern auch durchzuführen. Es handelt sich da nicht mehr um das Erscheinen irgendeines Heftblattes mehr oder weniger, sondern um das Ansehen der Republik, deren Stellung bewahrt und systematisch von den bekannten bayerischen Stellen untergraben wird. Man muß sich in der Reichsregierung ebenso wie in München darüber klar sein, daß es dort unten jetzt zu einer klaren Entscheidung kommen muß. Jedes Zeichen von Schwäche der Reichsregierung wird unabsehbaren Schaden für ganz Deutschland herbeiföhren. Die Sozialdemokratie steht geschlossen hinter einer Regierung, von der sie voraussetzt, daß sie den Ausnahmezustand über das Reich verhängt hat, um die bayerischen Putschisten unschädlich zu machen. Sie würde aber jedes Vertrauen verlieren, wenn der Ausnahmezustand lediglich dazu dienen sollte, die sozialdemokratische Abwehrorganisation zu zerschlagen, statt der nationalsozialistischen die blauweißen Putschisten oder auch beide gemeinsam wirken zu lassen und schließlich „in Sachen Ordnung zu schaffen“, wie die reaktionäre Presse triumphierend verkündet. In Sachen war es am wenigsten notwendig, eine nicht gestörte Ordnung wieder herzustellen. Die Erwerbslosendemonstrationen, die dort stattgefunden haben, sind doch nichts anderes als aus der bitteren Not geborene Explosionen einer hungernden Bevölkerung. Bisher ist die sächsische Landespolizei noch immer mit ihnen fertig geworden, trotzdem Kommunisten als Treiber dahinterstanden. Es muß daher aufs schärfste gegen das an anderer Stelle wiedergegebene Telegramm des Verbandes Sächsischer Industrieller protestiert werden, das den Ausnahmezustand für Sachsen verlängert wissen will.

Das Telegramm weckt den Anschein, als sei der Ausnahmezustand wegen der Profitinteressen der Unternehmer verhängt worden. Eine solche Mutmaßung weisen wir auf das schärfste zurück! Der Ausnahmezustand wurde verhängt, um die reaktionäre Putschgefahr zu beseitigen. Wenn dann in Sachsen ein nationalistischer „Tag“ genehmigt wird, so wirkt das ebensosehr als Provokation auf alle Republikaner, wie die Kahrs-Berordnungen in Bayern. Es geht jetzt um Ganze! Die Reichsregierung will mit Hilfe der Reichswehr und der Zivilbehörden den putschistischen Herd austräuchern. Ob sie das kann, werden die nächsten Tage zweifelsfrei zu erweisen haben!

Rheinischer Separatismus.

Am heutigen Sonntag halten die rheinischen Sonderbündler in Düsseldorf ihre große Parade ab. Manche Leute befürchten, daß es bei dieser Gelegenheit zu einem Putsch kommen und die rheinische Republik ausgerufen werden könnte. Uns scheinen solche Befürchtungen übertrieben. Die separatistische Bewegung stützt sich auf eine verschwindende Minderheit; sie kann daher nur durch aktive Unterstützung Frankreichs entscheidende Erfolge erzielen. Das bloße Gewährenlassen allein genügt nicht. Ein rheinischer Bundesstaat im Rahmen des Reichs bedarf der Anerkennung durch das Reich; er wird sie nicht finden, wenn er auf dem Wege des Putschs und nicht auf dem der Verfassung zustandekommt. Eine vom Reich losgetrennte „Rheinische Republik“ bedarf zu ihrer Existenz der Anerkennung der Mächte, und die wird sie nicht erhalten. Selbst von der französischen Regierung ist kaum zu erwarten, daß sie eine solche Anerkennung aussprechen würde; selbst sie dürfte vor einer derartigen Verschärfung der internationalen Krise im gegenwärtigen Augenblick zurückbrechen. Die Welt sehnt sich nach Wiederherstellung einer friedlichen Ordnung und eines geregelten Wirtschaftslebens; in diesem Sinne hat sie die Einstellung des passiven Widerstandes als eine Hoffnung begrüßt. Die Losreißung des Rheinlands würde diese Hoffnung endgültig zerschlagen, alle Aussichten auf die Regelung der Reparationen und der sonstigen deutsch-französischen Fragen vernichten, und Frankreich würde vor der Welt als der Allein-schuldige einer solchen katastrophalen Entwicklung dastehen.

Die Anerkennung durch Frankreich könnte wohl dem Rheinland zunächst als Stütze dienen; er würde dann vollständig als ein französischer Vasallenstaat erscheinen. Wie lange er sich als solcher halten könnte, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist bei der Beantwortung dieser Frage zweierlei zu erwägen: erstens daß der Haß gegen die französische Militärberrschaft bis weit in jene kleinbürgerlichen Kreise hineinreicht, die separatistisch sind, weil sie sich von einer Loslösung materielle Vorteile versprechen, zweitens aber, daß auf die Dauer die Anerkennung der Mächte, einschließl. Deutschlands, nicht entbehrt werden kann. Frankreich kann Deutschland zur Anerkennung des Rheinlands nicht zwingen, es sei denn, daß es zu diesem Zweck nach Berlin marschiere. Dadurch aber würde es sich in einem solchen Maß mit äußeren, vielleicht sogar auch mit inneren Konflikten belasten, daß selbst dem Uebermut der gegenwärtigen französischen Machthaber ein solches Abenteuer kaum zuzutrauen ist.

Dennoch soll man den bitteren Ernst der rheinischen Frage nicht verkennen. Sie wird nicht von heute auf morgen ihre Entscheidung finden, aber sie wird, wenn die Dinge so weiter gehen, noch viele Jahre lang als offene Wunde am Leibe Deutschlands und ganz Europas brennen. Mag sich der französische Imperialismus auch an das bewährte Rezept halten, wonach man Antichoden blattweise ist, so bleibt doch sein Appetit unvermindert groß. Und seine Anreizung durch fönderbündlerische Bestrebungen bleibt ein verbrecherisches Beginnen.

Nach dem Friedensvertrag soll die Räumung des altbesetzten Gebiets in drei Zeiträumen von je fünf Jahren erfolgen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllt. Die Räumung der ersten, nördlichsten Zone, in der Franzosen, Belgier und Engländer sitzen, müßte daher am 10. Januar 1925, also schon in einem Jahr und drei Monaten erfolgen, wenn anerkannt würde, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Die französische Militärpartei widerstrebt aber dieser Räumung heftig, weil nach ihrer Theorie Frankreich die Rheingrenze nicht entbehren kann. Nur widerwillig hatte sich die Regierung Clemenceau im Jahre 1919 zu dem Versprechen der schrittweisen Räumung verstanden, nachdem Frankreich ein Garantiepakt mit England und Amerika im Fall eines neuen Kriegs in Aussicht gestellt war. Schon dadurch, daß dieser Garantiepakt nicht zustande gekommen ist, soll nach einer Theorie, die in französischen Nationalistenkreisen stark vertreten wird, Frankreich das Recht zurückgewonnen haben, den Rhein dauernd in der Hand zu behalten.

Da die französische Regierung zu dieser Theorie kein Vertrauen hat, stützt sie sich zu dem gleichen Ziel auf eine andere: sie behauptet nämlich, die Räumungsfristen hätten noch nicht zu laufen begonnen, weil eben Deutschland seinen Verpflichtungen noch nicht in genügendem Maße nachgekommen sei. Auch diese Theorie ist ganz unfönnig, weil ja noch gar nicht zu übersehen ist, was Deutschland bis zum 10. Januar 1925 geleistet haben wird. Auch besteht keinerlei Abmachung der okkupierenden Mächte darüber, was Deutschland bis zum erwähnten Termin leisten soll, damit die Bestimmungen des Vertrags über die Räumung bis dahin in Kraft treten können. Man nennt keine Summe — aus Angst, Deutschland könnte sie am Ende, vielleicht auf dem Wege einer Anleihe, aufbringen, und hätte dann ein vollkommen klares und unbestreitbares Recht, zu verlangen, daß nun auch unmittelbar mit der Räumung begonnen werde.

Das ganze Gebaren der von Paris aus dirigierten Inter-

Dollar in New York: 200 Mill. Geld, 192,3 Mill. Brief



affizierten Kommission, die Einschaltung fremder Beamten in die Deutsche Verwaltung, der Ausbau einer interalliierten Eisenbahngesellschaft, daß Frankreich gar nicht daran denkt, schon in einundzwanzig Jahren mit der Räumung zu beginnen. Vielmehr tut es so, als ob es sich noch für unbegrenzte Zeit am Rhein häuslich niederlassen wollte. Dadurch werden Provokationen geschaffen, die schließlich zur definitiven Lösung drängen. Und wenn die französische öffentliche Meinung erst jahrelang in dem Sinne bearbeitet ist, daß eine Aufgabe des besetzten Gebiets als Unmöglichkeit, als „nationaler Verrat“ erscheint, dann reißt die Stunde heran für den letzten Schnitt, um das Rheinland vom Deutschen Reich endgültig zu trennen.

Wenn nun die Propagandisten der verschleierte Annexion mit einem Anschein von Recht behaupten können, wachsende Teile der rheinischen Bevölkerung würden ihren Bestrebungen sympathisch gegenüber, so bedeutet das eine wesentliche Förderung ihres Handwerks. Sie werden den Düsseldorf Rummel, der von ihnen finanziert und dirigiert wird, für ihre Zwecke weidlich ausnützen. Dabei haben ihnen die Deutschnationalen einen schätzenswerten Dienst geleistet, indem sie eine Aeußerung des Zentrumsführers Dr. Marx in der Donnerstagssitzung des Reichstags aus Gründen der Parteilagitation dahin verdrehten, als ob Dr. Marx eine Scheidelinie zwischen dem Rheinland und Preußen ziehen wollte. Tatsächlich hatte sich Dr. Marx nur Herrn v. Graefe gegenüber eine Einmischung der Bäckischen in die rheinischen Angelegenheiten verbeten und an die Sünden erinnert, die das konservative Parteiregiment in Preußen am Rheinland begangen hatte.

Die Erinnerung an diese vergangenen Sünden war schon darum nicht überflüssig, weil die Reaktion ihre Hoffnung auf Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft noch lange nicht aufgegeben hat. Die Konservativen und Deutschnationalen sind im Rheinland so gut wie ohne Anhang, ihr Sieg im unbesetzten Gebiet wäre auch aus diesem Grunde eine schwere Gefahr für die Reichseinheit, die, wie in Bayern, auch im Rheinland bei der Arbeiterkassaführerschaft ihre stärkste Stütze findet.

Die Arbeiterkassaführerschaft der Rheinlande ist gegen den separatistischen Spul gefeit. Darum wird das Rheinland beim Reich bleiben oder, wenn es von ihm gewaltsam getrennt wird, wieder zu ihm zurückkehren. Der französische Imperialismus wird sein Ziel nicht erreichen. Aber darf er, weil er es nicht aufgeben will, Europa jahrzehntelang in Unruhe halten? Das ist eine Frage, die man sich überall vorlegen sollte, wo man den Frieden der Welt aufrichtig will.

## Ein „vaterländisches“ Manöver.

Alarmnachrichten zur Putzsch Vorbereitung.

Nach schlecht bewährter Methode der Kapp-Rebellen versuchen jetzt die „vaterländischen Verbände Deutschlands“ durch Verbreitung lügenhafter Meldungen ihre Gegner durcheinander zu bringen, die öffentliche Meinung zu erregen und den Putzsch vorzubereiten. Sie erlassen einen Aufruf, der die sensationelle Mitteilung enthält, die bürgerlichen Koalitionsparteien hätten sich entschlossen, „eine Umbildung der Reichsregierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie in die Wege zu leiten“.

Diese Mitteilung ist glatt erfunden. Erfinder ist vermutlich der bekannte Abg. Geisler, der Hauptmacher der Berliner „vaterländischen“, der vor einigen Monaten wegen seiner verlogenen Heße gegen Stresemann aus der Volkspartei ausgeschlossen wurde. An diese erfundene Mitteilung knüpft nun der Aufruf folgende weitere Ausführungen:

Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands bezeichnen diesen Aufruf als die für jeden Vaterlandsfreund seit langem zweifelsfreie Erkenntnis einer unumgänglichen Notwendigkeit. Gleichzeitig geben sie aber ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß jede Umbildung des Reichskabinetts nur dann die Aussicht auf eine erfolgreichere Führung der Politik eröffnet, wenn sie nicht durch den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann erfolgt,

dessen innen- und außenpolitische Fehlschläge das Vertrauen der breitesten Volksschichten zu seiner Führung auf das schwerste erschüttert haben.

Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands fordern deshalb alle ihnen angeschlossenen und befreundeten Vereinigungen sowie alle vaterländisch gesinnten Männer und Frauen auf, bei den ihnen zugänglichen politischen Faktoren mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Neubildung des Reichskabinetts nur einer Persönlichkeit übertragen wird, die nicht durch die Irrtümer und Niederlagen der Stresemannschen Politik belastet ist.

Freund- im Lande, tut Eure vaterländische Pflicht. Es geht um das Leben und die Zukunft des Reiches!

Auch der „Tag“ bringt eine ähnlich irreführende Meldung, wobei er sich auf angebliche Vorgänge in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bezieht. Ähnlich die „Deutsche Tageszeitung“. In Wirklichkeit sieht die Fraktion wie bisher bis auf einen kleinen Bruchteil geschlossen hinter Stresemann. Sie hat keine Lust, durch Entfesselung einer Regierungskrise im gegenwärtigen Augenblick das deutsche Staatschiff in die Luft zu sprengen.

Die angeblich in Bildung begriffene, von den „vaterländischen“ begrüßte Regierung wird in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege nicht zustande kommen. Der Zweck der bewußt wahrheitswidrigen Veröffentlichung kann also nur sein, die Stimmung für eine neue Regierung der Ordnung und Freiheit vorzubereiten, wie sie am 13. März 1920 in Erscheinung trat.

Von den maßgebenden Führern der drei bürgerlichen Koalitionsparteien erfahren wir, daß in keiner der drei Parteien irgend etwas von einem derartigen Entschluß, wie dem oben gekennzeichneten, oder auch nur davon bekannt ist, daß derartige Verhandlungen stattgefunden hätten. Es handle sich lediglich um eine tendenziöse Stimmungsmache des Herrn Geisler und seiner Leute.

## Sächsischer Protest.

Dresden, 29. September. (Eig. Drahtbericht.) Landesarbeitsausschuß, Landtagsfraktion, Reichstagsmitglieder der sächsischen Sozialdemokratie, sowie der Bezirksausschuß des ADGB, haben heute folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Der Ausnahmezustand über das Reich hat für Sachsen einen besonderen Ausnahmezustand geschaffen. Während Preußen einen Zivilkommissar erhalten hat, ist solcher dem Freistaat Sachsen nicht zugestanden worden. Dabei zeigt sich gerade in Sachsen an der Verordmung des Wehrkreisammandos, daß die Ausübung der politischen Gewalt die politischen Rechte der Arbeiterklasse in weit höherem Maße beschränkt ist, als in irgend einem anderen Bundesstaat des Reiches. Während in den Kundgebungen anderer Wehrkreisammandos der Wille zum Zusammenarbeiten mit den Zivilbehörden deutlich erkennbar ist, schaltet die Reichsregierung die sächsischen Zivilbehörden völlig aus und stellt sie unter das militärische Kommando. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß sich die Militärgewalt in Sachsen eindeutig gegen jenen Teil des Proletariats richtet, der es bisher als höchste Aufgabe betrachtet hat, die Republik zu stützen und zu befestigen.

Während in Freiberg den nationalsozialistischen Verbänden für Sonntag, den 30. September, eine große nationalsozialistische Kundgebung, die die sächsische Regierung verboten wollte, von den Militärbehörden gestattet wurde, sind zu gleicher Zeit vier von der SPD geplante Versammlungen in Chemnitz von der gleichen Stelle verboten worden.

Diese Beispiele zeigen, wie ernst die Situation ist, vor der die Arbeiterklasse durch die militärische Beschränkung ihrer politischen Rechte gestellt ist. Eine Beeinträchtigung, die sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete auswirken muß, zumal die gegenwärtige wirtschaftliche Not jede politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse erschwert. Die Parteistimmen fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß der Ausnahmezustand sich nicht zu einem Sonderausnahmezustand gegen das sächsische Proletariat auswirkt. Die Parteigenossen bekunden erneut, daß die Verbändigung des Ausnahmezustandes nicht notwendig war. Insbesondere fordern sie, daß ein Mitglied der sächsischen Regierung als Zivilkommissar mit gleichen Rechten wie in Preußen für Sachsen eingesetzt wird. Ebenso verlangen sie mit größtem Nachdruck, daß die

wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse, insbesondere der Kampf um höhere Löhne und um die Erhaltung des Achtstundentages in keiner Weise beeinträchtigt werden.

So energisch die Parteistimmen diese Forderung gegenüber der Exekutive erhoben, so sehr müssen unsere Parteigenossen davon gewarnt sein, sich provozieren zu lassen. Nichts käme den Reaktionen und den Feinden der Republik gelegen. Was die Stunde von jedem Sozialisten erfordert, ist größte Wachsamkeit, Tatkraft, aber auch selbstbändige Besonnenheit und Ruhe. Nur, wenn die Massen ihre Kräfte nicht vorzeitig und zwecklos vergeuden, wenn sie kampfbereit der Weisung ihrer Führer harren, werden wir Sieger in diesem Kampfe bleiben!

## Verbot wilder Kontrollausschüsse.

Dresden, 29. September. (TA.) Der Befehlshaber des Wehrkreisammandos IV, Generalleutnant Müller, erläßt folgende Verordnung:

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verordne ich folgendes:

1. Alle Kontrollausschüsse und sämtliche Organisationen, die den Zweck haben, Einfluß auf die Preisgestaltung und die Verteilung der Lebensmittel zu nehmen, werden hierdurch — soweit sie nicht behördlich genehmigt sind — verboten.

2. Die eigenmächtige Wegnahme von Vieh, Feld- und Gartenfrüchten, von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen, ebenso die eigenmächtige Wegnahme von Lebensmitteln aus Läden, Verkaufsstellen und Vorratsräumen wird verboten.

3. Zuwiderhandlungen oder der Anreiz oder die Aufforderungen zu Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften unter 1 und 2 werden — soweit nicht in besonderen Fällen die einschlagenden Strafgesetze höhere Strafen androhen — mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Dresden, 28. September 1923.

Der Befehlshaber im Wehrkreisammando IV, Müller, Generalleutnant.

Dresden, 29. September. (M.B.) Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, ist an der Meldung einiger Blätter, daß die proletarischen Hundertschaften in Sachsen aus staatlichen Mitteln besoldet oder unterstützt werden sollen, kein wahres Wort.

Dresden, 29. September. (M.B.) Wie die Blätter aus Freiberg melden, durchzogen gestern jugendliche Erwerblose die Stadt. Abends kam es wiederholt zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften (?). Reichswehrabteilungen säuberten die Straßen. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Der Verband Sächsischer Industrieller (Dresden) hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, worin er erklärt, daß er die politische Lage in Sachsen für sehr ernst halte. Nachrichten, die in den letzten Tagen eingegangen sind, beweisen, daß die Sicherheit der Produktion und der leitenden Persönlichkeiten noch immer bedroht ist. Der Verband ersucht den Reichskanzler, allen Versuchen entgegenzutreten, die darauf hinausgehen, den Ausnahmezustand wieder zu befestigen.

## Die Festnahme wilder Trupps.

Der Befehlshaber im Wehrkreis III gibt bekannt:

„In Presse und Öffentlichkeit der Reichshauptstadt haben Gerüchte über Zusammenrottungen in der Umgegend Berlins erhebliche Unruhe ausgelöst. Diese Sorge ist unbegründet. Gegen jeden auf Erschütterung der Staatsgewalt oder auf Störung der Ordnung gerichteten Versuch, komme er, woher er wolle, wird unter rücksichtsloser Anwendung der dem Befehlshaber auf Grund des Ausnahmezustandes zur Verfügung stehenden Mittel eingeschritten.“

Brandier Schmidt. Nach einer Meldung der „Ost-Express“ soll Brandier in Rostau erklärt haben, für die deutschen Kommunisten sei die Zeit zum Handeln gekommen. Die Eroberung der Macht sei zweifellos (1), aber ihre Behauptung würde „sehr schwer sein, dazu sei die Unterstützung des internationalen Proletariats notwendig. — Sollte diese Meldung richtig sein, was wir bezweifeln, so können wir sie nur so verstehen, daß Brandier durch Verpöchtigung falscher Tatsachen neue russische Subsidien loszumachen versucht hat.

## Dalldorf im Konzertsaal.

Von Hans Klautermann.

Vor etwa 25 Jahren kam eine an Armen und Beinen verkrüppelte Rusatin auf den grandiosen Einfall, aus ihrem Oberehen Kapital zu schlagen. Sie legte sich ein Bärenfell über den mangelhaften Leib und nannte sich das „Bärenweib“. Daraufhin vermietete sie sich an Caspans Panoptikum und froh in diesem arg verbliebenen Kunstzirkel einem maulofenen Publikum um 5, 7 und 9 Uhr etwas vor. Sie stand sich gut dabei. Bloß in der Provinz, wo sie, angefaßt durch die Berliner Erfolge, ein Gastspiel abfroh, wurde sie von den Zuschauern verhaßt, wobei sich ihre Requisite, das Bärenfell, zerstörte. Daher zog sie es vor, mit einem reparierten Fell in Berlin weiter zu kriechen, wo mehr Menschen frei herumlaufen als in der Provinz.

Herr Mariarty gehört auch zu den Leuten, die das interessante Experiment machen, nachzugehen, wie weit man gehen darf. Er hatte ein glaubenskräftiges Publikum auf Freitag in den Wälschneraal gelockt, in dem er einen Vortrag „Deutschlands Erlösung 1924, neue prophetische Ausblicke“ ankündigte. Da kamen sie denn in Scharen geföhrt und baltgen sich an der Kasse um Plätze, die harmlosen. Es war eine illustre Versammlung der geistig Armen. Neugierig war ihnen nichts weiter anzumerken. Sie sahen ganz manierlich aus.

Die prophetischen Ausblicke erstreckten sich nur auf ganz große Dinge. Mit Nebenbälchleiten hält sich ein Erleuchteter, wie Mariarty nicht auf. Sonst hätte er geahnt, daß wegen des Massenandranges eine Verspätung von einer halben Stunde eintreten würde, und seine Gemeinde erst auf 8 Uhr um sich geschart. Ebenso mußte er natürlich im voraus, daß seine Blafate falsch gedruckt werden würden, aber, wie gesagt, das sind Kleinigkeiten.

Warum, so werdet Ihr finden, tut wohl, so wird Euch aufgetan. Endlich strakte der Saalwächter die beiden Kerzen an, hinter denen sich Herr Mariarty spinggemäß aufbaute, knipsie das Licht aus und schaffte die Stimmung für die, so nicht alle werden. Was er sagte, ist einerlei. Wenn er eine Nummer der „Gartenlaube“ aus dem Jahre 1887 (mit Annoncen) vorgelesen hätte, würden die Deutschen ebenso andächtig zugehört haben. „Der Mensch ist ein selbstbewußtes Kraftzentrum, stärkste stoffliche Dichtigkeit, geheimnisvolle Kraftquelle aus Ägypten“ und so. Damit die Gläubigen auch was für ihre Millionen haben, machte er den von dem Kometen begleiteten Weltuntergang für Deutschland ein bißchen gedämpft, sah das zertümmerte englische Kolonialreich und ahnte Paris in Schutt und Blut voraus.

Als der Vortrag zu Ende gerastet war, fürchtete ich, Mariarty würde es ebenso gehen wie dem Bärenweib in der Provinz. Aber es erhob laut Beifall. In Berlin werden sie eben nicht alle. Dann ließ sich Mariarty in seiner Güte herbei, Fragen zu beantworten, die man ihm auf Zitielen überreichen durfte. Die Ant-

worten gingen nicht so geschmiert wie sein Vortrag, den er sehr gut auswendig konnte, auch mit der Grammatik haperte es manchmal. Er las die Fragen vor, und da merkte ich, warum Wulle-Versammlungen immer noch besucht werden, und daß wir in Deutschland noch mehr geschlossene Anstalten brauchen.

„Wer hat meine Bräute gestohlen?“

„Um wieviel Prozent wird sich bei der Katastrophe Deutschland verringern?“

„Komme ich ins Ausland? Werde ich dort reich?“

„Wie hoch kommt der Dollar?“

„Wo wohnt der neue Christus?“

Straße und Hausnummer wollte Mariarty nicht angeben. Und dann kam die Frage: „Wird eine Trennung zwischen Axiern und Juden eintreten?“

Da antwortete Mariarty mit seinem ach so prophetischen Bild:

„Die Juden werden sich nach Palästina konzentrieren.“ Jetzt brach von neuem Beifallsjubiläum los. Ein junges Mädchen vor mir magte nun nicht mehr ihre Herzfrage hervorzubringen:

„Seht mein Rage doch mit Frida!“

Herr Mariarty befißt meine volle Sympathie; er hat den Zeitgeist richtig erfaßt.

## Der erste große arktische Flug.

Der erste wohlgeplante große Flug über die Arktis, bei dem gegen 1000 Kilometer des unbewohnten und zum großen Teil noch unerforschten Spitzbergen überflogen wurden, ist von W. Mittelholzer ausgeführt worden. Er berichtet darüber in einem Aufsatz der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“. Sein Plan war, vom Eisfjord über die Chudenius-Berggruppe zur Hilsopnstraße zu fliegen, um vor allem in das noch unbekannte Innere des Nordpolandes von Spitzbergen photographische Einblicke zu gewinnen. Am 11. Uhr begann die Fahrt mit dem erprobten Seeflieger Neumann auf der schwererlastigen Maschine „Eisvogel“.

„Niesengroß öffnet sich vor uns der 90 Kilometer lange Eisfjord“, erzählt Mittelholzer. „Ein Bild von unbeschreiblicher Großartigkeit entrollt sich unseren staunenden Augen, von allen Seiten, eingerahmt von schroffen Berggipfeln, die Gletscherströme in seine tiefblauen Wasser. Im Norden hebt sich in violetten Farben ein leer von Rinnen und Tälern messerscharf vom goldgelben Horizont ab. Kein Wölkchen am Himmel, im Süden Schneebedeckter Schneedom, darüber ein azurblauer wolkenloser Himmel und dazu eine Fernsicht, die in die Unendlichkeit zu wandern scheint.“ „Allmählich steigen wir höher, immer grobartiger und wilder entwickelt sich Spitzbergen Berg- und Gletscherwelt. Abwechselnd photographiere, zeichne, notiere und kinematographiere ich. Das Flugzeug schraubt sich in Kurven, um möglichst viel von der eigenartigen Hochgebirgspracht festzuhalten, über die schwarzen Granitberge der Chudenius-Gruppe empor. Nachdem ich etwa 100 Meter flügel gemacht und den Aufwärtswert in der leider sehr ungenauen Seektarte eingetragen habe, gebe ich Zeichen zum Kurs Nordnordost. In Stelle der stolzen Gipfel treten riesige Gletscher-

plateaus, auf denen man auch mit dem Wasserflugzeug hätte landen können. Nach Norden erstreckt sich ein nahezu 100 Kilometer langer, nach allen Seiten nach abfallender Eisfeld gleich einem Reichtum. Nach 2 1/2 stündigen Fluge schrauben wir uns nun auf 2000 Meter hinauf. Nach Nord und Ost blicken wir über den so gefährlichen Schiffschiffen der Hilsopnstraße Hunderte von Kilometern hinein in das rätselhafte Nordland, dessen Inlandeis sich wie ein Lavaström in das umliegende Meer ergießt. Von der in Nansens Karte eingetragenen, über 400 Meter hohen Eiswand konnte ich nichts bemerken, im Gegenteil schien mir das Inlandeis aus einer einzigen, sanft gewellten Eisfläche zu bestehen. Dann geht es nach Westen zum Birgohafen und zur Kings-Bar. Aus einem unendlichen Wolkenmeer, das sich wie eine feurig-flüssige Goldmasse über das Meer nach Westen ergießt, ragen die kristallinen Berge des Prinz-Karl-Vorlandes in langgestreckter Front nach Süden hinaus. Gewaltige Gletscherströme führen uns aus dem aus Schuttbergen bestehenden „Drei Kronen“ nach Etman- und Dickson-Bai, auf die wir jetzt zubeiften. Nach 40 Minuten dauerndem Fluge über die Gletscherwelt des König-Oskar-II.-Land befinden wir uns jetzt über dem Eisfjord. Als Neumann um 6 Uhr 15 1600 Meter über der Walfangstation umfaren teuren Metallsooel in eleganten Spitzeln niedergerieten ließ, da löste ich ein letztes Mal meine schaumigen Augen über das mir liebgewordene Spitzbergen gleiten.“

Der Flug hatte neben einer reichen Ausbeute an photographischem und Filmmaterial noch bisher noch völlig unbekanntem arktischen Gebieten wertvolle Erfahrungen über die Verwendung des Flugzeuges in der Polarzone gebracht. Ein Flug nach dem Nordpol erscheint danach als Leichtfertigkeit, solange der Rotor arbeitet und die Blätterung gut ist. Aber wenn man zur Rollanfang gezwungen ist und nicht mehr hochkommt, denn ist eine Notung ohne Hundschützen und Probalant unmöglich. Die Eroberung des Poles mittels Flugzeug“, urteilt Mittelholzer, „wird so lange eine „sporting-chance“ bleiben, bis es möglich sein wird, in einem Großflugzeug alle nur erdenklichen Hilfsmittel für einen etwaigen Rückzug über das Eis mitzuführen zu können. Heute sind daher die Vorschläge für ein Luftschiff, z. B. einen Tropfenkreuzer, günstig, aber die reich ändernden Wetterlagen sprechen doch eher für ein Flugzeug mit großer Geschwindigkeit als für ein relativ langsam Luftschiff.“

Deutsche Kunst auf den Ueberseebädern. Vor einiger Zeit regte der Reichskunstwart Dr. Kopsch in Verbindung mit dem Denkmalpfleger für Hamburg bei dem dortigen Senat an, der Frage der Vertretung unseres Kunstgewerbes auf den Schiffe Rechnung zu tragen. Hamburg hat sich dieser Anregung, die gleichzeitig einem Wunsche der dortigen Kunstlerchaft entsprach, angenommen. Auf einer Ausstellung, die die Hamburger Kunstgewerkschaften anlässlich der Ueberseewerke veranstaltete, konnte man eine erste Probe sehen. Nun ist eine erste Kunstgewerbeschule an Bord des neuen Hapagadampfers „Albert Ballin“ eingerichtet worden. Für unser Kunstgewerbe kann es von größter Bedeutung werden, wenn das internationale Publikum unserer Kunstgewerke dort mit Bekundungen und Bestellungen unserer Kunstler und Werkstätten vertraut wird. Der Oesterreichische Werkbund hat eine besonders gewählte Vertretung beigezeichnet,



## Neue Steuerentwürfe.

Das Reichsfinanzministerium arbeitet an einer Reihe von Steuerentwürfen, welche die bestehenden Steuern für das Reich ergiebiger machen sollen. Ein Teil der Entwürfe ist bereits fertiggestellt. So soll insbesondere das System der wertbeständigen Steuern ausgebaut und u. a. auf die Vermögenssteuer, die Kapitalverkehrssteuer ausgedehnt werden. Die Umsatzsteuer soll auf 2% erhöht werden. Auch eine Vereinfachung des Steuerverfahrens ist vorgesehen.

Der Ertrag der Vermögenssteuer wurde bisher wesentlich herabgemindert durch Ausführungs- und Bewertungsnormen, welche dem Besitz sehr günstig waren. Das soll jetzt geändert werden, indem man das Vermögen in Goldmark berechnet und dementsprechend die Steuer bemisst. Dadurch wird auch die Erbschaftsteuer ausgebaut werden. Die Kapitalverkehrssteuer soll ebenfalls derart abgeändert werden, daß dem Staat daraus Nachteile infolge der Geldentwertung nicht mehr entstehen können. Auf die Börsenzulassung und den Börsenbesuch soll eine neue Steuer gelegt werden, die für jede Zulassung pro Person 500 Goldmark und für jeden angefallenen Monat des Börsenbesuchs 100 Goldmark beträgt. Alle Steuern, die nach dem 31. Dezember fällig werden, sollen nach dem Entwurf in Goldmark gezahlt werden. Die Steuern und die Geldstrafen auf Steuerhinterziehung werden der Geldentwertung automatisch angepaßt.

Die Entwürfe stellen also, abgesehen von der Umsatzsteuer, Versuche dar, den Steuerbeitrag der Besitzenden wirksam zu belämpfen.

Die in dem Entwurf vorgesehene Börsensteuer, die auf Gold abgestellt ist und sowohl die Börsenzulassung wie den Börsenbesuch steuerlich erfassen will, wird von der Reichsfinanzverwaltung besonders deshalb als ein geeignetes Mittel, dem Reich weitere Einnahmen zuzuführen, angesehen, weil, wie es in der Begründung zu dem Entwurf heißt, den Börsenbesuchern aus dem Besondere Gewinnmöglichkeiten erwachsen, die weiten Kreisen der Bevölkerung verschlossen sind. Die Wertbeständigkeit der Steuern wird damit begründet, daß die an der Börse gehandelten Werte sich im großen und ganzen ziemlich rasch der Geldentwertung anpassen und dementsprechend sich auch die Verdienstmöglichkeiten der Börsenbesucher gestalten.

Hinterziehung der Börsensteuer soll mit einer Geldstrafe in Höhe des fünf- bis fünfundsiebzigfachen Betrages der hinterzogenen Steuer geahndet werden. Dazu kann noch Gefängnisstrafe treten.

## Reichswirtschaftsrat und Währungsreform.

Der Finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dem Gesetz einer Währungsbank. In der Aussprache über den Gesetzentwurf, an der sich fast alle Mitglieder des Ausschusses beteiligten, erstattete zunächst Geheimrat Dr. Bücher Bericht über die Vorgänge, die zu dem Entwurf geführt hatten. Er führte im wesentlichen aus: Jede Reform ist zwecklos, wenn nicht alles getan wird, um neue Devisen heranzubekommen, wenn nicht gleichzeitig eine Reform der deutschen Wirtschaft erfolgt, neue Mittel zur Produktionssteigerung gefunden und Wege zu einer anderen Wirtschaftspolitik beschritten werden, die frei von den bisherigen und gegenwärtigen Hemmungen ist. Auch die Industrie steht auf dem Standpunkte, daß eine neue Währung nur auf der Goldbasis geschaffen werden könne. Die Voraussetzungen hierfür sind jedoch augenblicklich nicht vorhanden. Mit Rücksicht auf die Mobilisierung der Erde und um überhaupt über die allernächste Zeit hinwegzukommen, muß unbedingt eine Zwischenlösung gefunden werden, wie sie der vorliegende Entwurf vorsieht. Trotz mancher Bedenken, die sich gegen den vorgeschlagenen Weg erheben, ist er jetzt der einzig mögliche. Er schafft kein unmittelbares realwärtiges und garantiertes werthbeständiges Zahlungsmittel. Er bietet jedoch größeres Vertrauen als alle anderen Projekte.

Gegen die Annahme des Entwurfs wandte sich der Korreferent Bernhardt. Auch er hält zur Vorbereitung einer Goldwährung eine Zwischenlösung erforderlich, während welcher dem Reich für beschränkte Zeit Mittel zur Befriedigung seines staats-

und das bayerische Handwerk aus den Gebirgen ist mit Tellern und Krügen, mit Filzigen und Emaillewaren, mit dem Wert seiner Holzschmiedereien und Eisenbeschlägen. Mit kleinen Arbeiten sind eine Anzahl von Wittiglebern der Münchener Sezession auch in Bild und Plastik vertreten.

**Aufstehende Arbeit in Moskau.** Der Verfall aller Moskauer und künstlerisch wertvoller Gebäude in Moskau lenkt, wie der Ost-Express mitteilt, die Aufmerksamkeit des Kommissariats für Bildungswesen auf sich. Zurzeit wird der prächtige Hof, der ehemals dem Großen Kolumowits gehörte, einer Renovierung unterzogen. Das aus dem 17. Jahrhundert stammende Haus der Bürgerlichkeit wird von der Presse ebenfalls dringend zur Erhaltung empfohlen. Es ist eines der wenigen aus aller Welt übrigen Bojarsenhäuser, der Ueberlieferung nach soll der Zar-Ururpator Boris Godunow (den Deutschen aus Schillers „Demetrius“ bekannt) dort seine Feinde gefangen gehalten haben. Im Stadteil Chomowitsch wird das alte Haus restauriert, das Lofstall in den achtziger Jahren beschlagnahmt und bewohnt. Es ist ebenfalls sehr alt und hat den Brand Moskaus 1812 überdauert.

**Der abfließende Eisberg.** Die abfließende Wirkung, die ein Eisberg herabbringt, wird durch die Meldung eines Dampfers beobachtet, der auf der Fahrt von London nach New York einen Eisberg sichtete. Der Eisberg maß 100 Fuß Höhe bei 210 Fuß Länge. Obwohl er etwa 50 Kilometer entfernt war, als man ihn sichtete, fiel doch die Temperatur des Meeres um 10 Grad, während die Lufttemperatur um 8 Grad niedriger wurde.

**Die größte Stadt der Welt.** Nach Ausweis der letzten Volkszählung besitzt London 7 1/2 Millionen Einwohner. Die Straßen haben insgesamt eine Länge von 3540 Kilometer und das Straßennetz 563 Kilometer. In London verkehren 3300 Automobile und über 7000 Autos. Man verzeichnet im Jahre 1922 27 000 Straßenunfälle, darunter 700 mit tödlichem Ausgang. London zählt 30 Museen, über 20 Gemäldegalerien, 42 Theater und Spielhallen, 430 Kinos, einen zoologischen Garten, 3 botanische Gärten, zahlreiche Konzertsäle und 16 öffentliche Musikhallen, die während des Sommers allabendlich in den öffentlichen Parks konzertieren. Paris und öffentliche Schmuckplätze bedecken eine Oberfläche von insgesamt 17 Quadratkilometern. Die Metropole besitzt ferner 77 Tennisplätze und 77 Plätze für andere Sportspiele. London ist nicht nur die größte Stadt der Welt, es hat auch den größten Hafen. Seine Docks dehnen sich über eine Fläche von 355 Hektar Land und die Ladestrafen erstrecken sich über eine Länge von 49 Kilometer. Im Jahre 1922 kamen in London 18 614 Dampfer an und 18 450 liefen aus. Das telefonische Netz der Stadt hat eine Länge von 237 303 Kilometer.

**Die Turfsteine in Moskau** wird am 13. Oktober im Landesausstellungsgelände am Scherz Bahnhof eröffnet.

**Anlandschenden für deutsche Studenten.** Die Wirtschaftliche Hilfe der Deutschen Studentenschaft hat einen von der Kaiserlichen Universität für die deutschen Studenten geliehenen Betrag von 2 500 Schweizer Franken, sowie einen unter Studenten und Schülern in Südamerika aufgetriebenen Betrag von über 200 Pfund Sterling als Beitrag zur Unterstützung der Selbsthilfsarbeiten der deutschen Studentenschaft erhalten.

mäßigen Bedarfs zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Zwischenlösung muß aber deutlich als solche erkannt werden, es sind daher alle Methoden einer Zwischenlösung abzulehnen, welche die Gefahr weiterer Inflation und neuer dauernder Verknüpfung der Geldschöpfung mit dem Reichsdefizit in sich birgt. Zur Durchführung dieser Zwischenlösung hält er folgende Maßnahmen für erforderlich:

1. Die Reichsbank diskontiert keine Schatzwechsel des Reichs mehr;
2. Die Reichsbank diskontiert nur Wechsel auf Goldmark = 1/2 Dolar und gibt nur noch Lombard-Geldkredite;
3. Die Reichsbank eröffnet verzinslich Goldkreditlinien gegen Einzahlung von Papiermark;
4. Alle Verordnungen, die die freie Verwendung von Devisen hindern, werden aufgehoben;
5. Das Reich erhält das Recht, weitere Beträge der Goldanleihe auszugeben, in einem Betrag, der zur Deckung des Defizits für höchstens vier Monate genügt. Die Goldanleihe ist durch Verpfändung besonderer Steuern oder durch Spezialgarantien einzelner Gewerbeverbände oder nötigenfalls durch die Hinterlegung von Geld und Devisen zu fundieren, Schaffung eines realwärtigen Zahlungsmittels, und zwar fundiert durch Grundschuld und Schuldverschreibung der gesamten deutschen Wirtschaft;
6. Die Abkündigung der Anleihe dürfen für eine gesetzlich festgelegte ganz kurze Zeit als Zahlungsmittel gelten; sie müssen bei allen öffentlichen Käufen des Reichs, der Länder und der Gemeinden und bei deren Betriebskäufen, vor allem für Steuerzwecke in Zahlung genommen werden.

Ein diesbezüglicher Antrag Bernhardt wird jedoch abgelehnt. Die Vorlage wurde schließlich mit 15 Stimmen entsprechend der vorstehenden

### Entschliebung

angenommen, wobei 8 Stimmen auf die Abteilung 1 (Arbeitgeber), 3 Stimmen auf die Abteilung 2 (Arbeitnehmer) und 4 Stimmen auf die Abteilung 3 (Verbraucher) entfielen. Dagegen stimmten 3 Vertreter der Abteilung 2, 3 Vertreter der Abteilung 3. Der Stimme enthielten sich 3 Mitglieder. Die Entschliebung lautet:

„Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats stimmt dem Gesetzentwurf über die Errichtung einer Währungsbank zu, trotz der Bedenken, die sich gegen die vorgeschlagene Zwischenlösung vom Standpunkt seiner währungsrechtlicher Grundsätze aus vorbringen lassen. Es wird indessen nötig sein, daß die Lebensdauer der Währungsbank beschränkt und so schnell wie möglich durch die Wiedereinführung einer wirklichen Goldwährung abgebrochen wird. Der Finanzpolitische Ausschuss möchte auch bei dieser Gelegenheit noch einmal auf das eindringlichste darauf hinweisen, daß weder die Goldwährung noch irgend eine andere sich werthbeständig erhalten läßt, wenn es nicht gelingt, das außerordentliche Minus unserer Volkswirtschaft durch stark erhöhte Produktionsleistung und Befähigung des Verbrauchers in ununterbrochener Arbeit aus der Welt zu schaffen. In dieser volkswirtschaftlichen Rinderleistung liegt, abgesehen von den Reparationsverpflichtungen, der beste Grund für den Verfall unseres Geldes und unserer Wirtschaft; ohne seine Befähigung kann eine dauernde Besserung nicht erwartet werden.“

## Gegen Kartoffelmangel und Kohlennot.

### Ein Schritt der Gewerkschaften.

Der ADGB teilt mit: Die vier gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 29. September an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, in Verbindung mit den Vertretern der Gewerkschaften eine großzügige Hilfs- bzw. Kreditaktion für die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen für den Winter einzuleiten.

Werte Kreise der erwerbenden Bevölkerung und der Schichten, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Notlage befinden, sind ohne das Eingreifen des Reichs dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Vor allem die Massen der kurzarbeitenden und Arbeitslosen, die Empfänger von Sozial-, Arbeitsbeschäftigungs- und Wohlfahrtsrenten. Die Löhne der in Arbeit Stehenden reichen gleichfalls nicht aus, die Aufwendungen für die Wintervorsorge bestreiten zu können. Zur Steuerung dieses Glucks und der mit ihm verbundenen schweren innerpolitischen Gefahren schlagen die Gewerkschaften vor, allen Arbeitnehmern, Renten- und Unterstützungsempfängern, die Anspruch auf Belieferung erheben, eine der Kopfzahl ihrer Familien entsprechende Menge von Kartoffeln und Kohlen auf dem Wege eines Kredits zur Verfügung zu stellen. Der Bezug soll auf Bezugschein erfolgen, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger von den Arbeitgebern, für die Unterstützungs- und Renteneempfänger von den Gemeinden auszustellen sind. Die zur Belieferung erforderlichen Mengen sollen vom Erzeuger gegen Bezahlung in werthbeständigen Zahlungsmitteln erworben werden. Die Rückzahlung der vorgestreckten Summen wäre durch entsprechende eateweise Abzüge vom Lohn oder Gehalt sowie durch Verrechnung auf die Renten und Unterstützungen zu leisten. Der Bezug sollte entweder bei den Händlern oder in besonderen Ausgabestellen erfolgen.

## Poincarés Bedingungen.

Paris, 29. September. (W.F.) Havas veröffentlicht eine Mitteilung über die Rede, welche Poincaré morgen im Reasbepartement zu halten gedenkt. Die Rede werde eine ganz besondere Bedeutung im Hinblick auf die politischen Ereignisse haben, die sich in Deutschland in der letzten Woche anlässlich der Einstellung des passiven Widerstandes zugetragen haben. Der diplomatische Mitarbeiter der Agentur Havas glaubt zu wissen, daß Poincaré morgen insbesondere die Bedingungen darlegen werde, an denen man die effektive Einstellung des passiven Widerstandes erkennen könne und die nach seiner Ansicht jedem Verhandlungsbeginn mit Deutschland vorausgehen müßten. Seit dem Versailler Vertrag hätte die deutsche Regierung zu viele Beispiele von schlechtem Willen gegeben, als daß man sich heute mit vagen Versprechungen zufriedengeben könne. Man könne Deutschland nur noch seinen Laten beurteilen. Bevor irgendwelche Verhandlungen stattfinden könnten, müßte das normale Regime, das vor der Besetzung im Ruhrgebiet und in den Rheinländern bestanden habe, wiederhergestellt und die Sachlieferungen wieder aufgenommen werden. Nur dann, d. h. wenn Deutschland endlich seinen Willen bekundet habe, die Schäden wiedergutmachen, die es systematisch angerichtet habe, könne man nützlich die Verhandlungen beginnen, die zur Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen sollen.

## Ein Stimmungssymptom.

Paris, 28. September. (W.F.) Das „Journal des Débats“ unterwirft in seinem Vortage die durch die Einstellung des passiven Widerstandes geschaffene Lage und ihre Folgen einer eingehenden Prüfung und rät der französischen Regierung, sich jetzt endlich auf die Linksparteien in Deutschland zu stützen, anstatt wie bisher auf die Rechtsparteien. „Heute“, schreibt das Blatt, „wo unsere Sache gewonnen ist, werden wir nicht in den Fehler von 1919 zurückfallen. Verlassen wir uns nicht auf die Männer der Rechtsparteien für die Ausführung des Versailler Vertrages und die Zahlung der Reparationen! Ob Bayern oder Preußen, die Rechts-

gruppen sind alle ohne Ausnahme Antideutsche, die nach Revanche schreien. Verlassen wir uns vielmehr auf die Linksparteien, die Carno zur Absonderung gezwungen und die, einmal von der Militärpartei befreit, an die ehrliche Ausführung der übernommenen Verpflichtungen gehen werden. In Sachsen, Thüringen und in einigen Gegenden Preußens gibt es Elemente, die in friedliche Beziehungen zu ihren Nachbarn treten möchten. Helfen wir ihnen, sie von den provozierenden militärischen Agenten freizumachen. Beginnen wir, diese zu verhindern, in den besetzten Gebieten festen Fuß zu fassen. Wachen wir über die Unterdrückung der militärischen Propaganda in diesen Gebieten und sorgen wir, daß die Rügenpropaganda des Hasses aufhöre. Der Rheinländer ist bereit, so schreibt das Blatt, uns bei diesem Werke an die Hand zu geben. Wägen wir diesen guten Willen. Wir haben keine Absicht, die Westgrenze Deutschlands zu verändern, aber wir haben die Pflicht, alle Deutschen zu unterstützen, die entschlossen sind, den Versailler Vertrag auszuführen und das Joch der Militärpartei abzufüteln.

Obwohl das „Journal des Débats“ keineswegs links gerichtet ist, zeigt es seit einigen Wochen in der Beurteilung der auswärtigen Politik Poincarés eine bemerkenswerte Unabhängigkeit in seinen Urteilen. Gerade weil dieses Organ bei relativ geringer Verbreitung von ersten Politikern redigiert und gelesen wird, sind diese Ausführungen als ernsthaftes Stimmungssymptom zu werten.

Indessen ist zu befürchten, daß diese Mahnungen wenig Einfluß auf die Haltung der Regierung Poincarés haben werden, da letztere weit mehr auf die Ratschläge hört, die ihr von der großen Boulevardpresse erteilt werden. Letztere befindet sich gegenwärtig in einem Siegestaumel ähnlich wie im November 1918 und septuliert offenbar auf den Separatistenschritt im Rheinland, der für Sonntag vorbereitet sein soll. Auch die letzten Sätze des „Journal des Débats“ bezüglich der Rheinländer sind übrigens in dieser Beziehung recht zweideutig. Eine Politik, die mit dem Hintergedanken des Separatismus in irgendeiner Form spielt, bedeutet aber genau das Gegenteil dessen, was die „Débats“ zu empfehlen vorgibt.

Wenn die französische Republik wirklich und ernstlich die deutschen Republikaner unterstützen will, dann muß sie aufhören, die Feinde der Reichseinheit im Rheinland und in Bayern heimlich zu unterstützen, und sie muß ferner durch ihre Taten dafür sorgen, daß der Propaganda des Hasses die Nahrung entzogen wird. Diese Propaganda wird aber am wirksamsten durch den französischen Militarismus selbst besorgt, und sie nährt sich nur zum Teil aus Uebertreibungen und Lügen, zum größeren Teil leider auch aus realen Tatsachen, gegen die keine passivistische Gegenpropaganda gemacht ist. In der Frage der Amnestie für die Ausgewiesenen und Gefangenen hat die französische Regierung die beste Möglichkeit, den Linksparteien zu helfen und an dem Abbau des Hasses mitzuwirken.

## Die Reparationsleistungen.

Der Reichsminister für Wiederaufbau hat am 28. September 1923 die Bekanntmachung vom 13. Januar 1923 über Einstellung der Reparationsleistungen im reellen Verkehr an Frankreich und Belgien, R. G. Bl. Teil II Seite 40, aufgehoben.

## Die Republik in Gefahr!

Das unumschränkte Walten des Herrn v. Ka hr in Bayern gegen die deutsche Republik, die Zusammenrottungen rechtsradikaler „Militärreivilliger“ in Norddeutschland, die Hebe der Rechten gegen den Fortbestand der jetzigen Regierungskoalition bedrohen ebenso wie die sinnlosen Hegeorien der Kommunisten den Bestand der deutschen Republik, deren nationalitätlich-militaristischer Todfeind die französische Regierungspolitik und ihre Befehlsgewalt unablässig neue Agitationsmittel liefern.

## Zusammenbruch und Kampfbereitschaft aller Republikaner

ist jetzt die erste Pflicht.

## Berteidigungstampf der Arbeiterschaft

zur Erhaltung ihres Lebensniveaus das Gebot der Selbsterhaltung. In einer Zeit, wo der Ausnahmezustand Versammlungen unmöglich macht, ist mehr noch als sonst die Presse das wichtigste Mittel zur Unterrichtung des Volkes über den Gang der inneren Entwicklung und der äußeren Geschicke. In dieser Zeit dient vor allem die Arbeiterpresse zur Selbsterhaltung und Sammlung des Proletariats, das seine Machtposition im Staat gleichzeitig verteidigen und zur Erzwingung wirtschaftlicher Befundung des Staates gebrauchen muß.

Schwerer als je ist für die Arbeiterpresse heute die Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit, die nur mit ihrer zunehmenden Verbreitung wachsen kann. Zwingt Arbeitlosigkeit manchen Genossen zu seinem Schmerz, den Bezug des Arbeiterblattes aufzugeben, so muß um so mehr jeder, der Arbeit und Verdienst hat, Abonnent und Werber neuer Abonnenten sein. In der Verteilung hat die deutsche Arbeiterklasse stets höchste Kraft entfaltet. Darum muß es auch jetzt heißen: Auf zur Arbeit für den

## „Vorwärts“!

Nachliegender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Welt und“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_  
vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts  
bei \_\_\_\_\_



# Gewerkschaftsbewegung

## Arbeitnehmer Berlins und der Provinz Brandenburg!

Nach Gerüchten, deren Zuverlässigkeit wir im Augenblick nicht nachprüfen vermögen, ist die Gefahr für die Republik noch nicht gebannt. Noch sind Kräfte am Werke, die durch einen Putsch, der Not und Elend des arbeitenden Volkes nur ins Maßlose steigern kann, ihre volksfeindlichen Pläne verwirklichen wollen.

Arbeiter und Angestellte! Seid wachsam, seid bereit und haltet Disziplin!

Die Gewerkschaftsleitungen sind auf dem Posten. Sie werden keinen Augenblick säumen, Euch zu rufen, wenn das Interesse der Arbeitnehmererschaft und der Republik es erfordert.

**Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.**  
Sabbath.

**ASA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.**  
Flatau.

**Bezirkssekretariat Brandenburg des ADGB.**  
Vollmerhaus.

### Keine Kräftezersplitterung!

Die Zeiten sind ernst und verlangen die Aufmerksamkeit und Bereitschaft der organisierten Arbeiterschaft. Zur wirtschaftlichen Krise, zur Verelendung als Folge der rapiden Marktwertung, stellt sich nun die Gefahr eines Putsches. In solchen Stunden muß jeder Meinungstreue innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sich weigern. Wir müssen eine einheitliche Front bilden, um alle Versuche, die Arbeiterschaft zurückzuzwingen in das Joch eines absoluten Unternehmertums und ihr die bürgerlichen Freiheiten und die Gleichberechtigung im Staate zu rauben, zurückweisen zu können.

Es ist leider nicht überraschend, daß in solchen Stunden ernster Gefahr die Kommunisten auf Geheiß von Moskau die Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft mit Hochdruck betreiben. Sie heben die Erregung der Arbeiterschaft aus, um sie zu allerlei unüberlegten Entschlüssen zu verleiten. Eine ihrer alltäglichen Praktiken ist es, Betriebsversammlungen einzuberufen, um dort die üblichen Schimpfreden auf die Gewerkschaften, die Vereinigte Sozialdemokratie und deren Führer und verantwortliche Vertreter vom Stapel zu lassen.

Wir wollen und können die Kommunisten an diesem Treiben nicht verhindern. Aber unsere Genossen in den Betrieben dürfen sich nicht dazu hergeben, für dieses arbeiterschädigende Treiben Staffage zu bilden. Die Kommunisten sind schlaue genug, oft unsere eigenen Genossen in den Vordergrund zu schieben und sich selbst Unorganisierte zu bedienen.

Wir fordern deshalb unsere Genossen ausdrücklich auf, sich künftig nicht mehr von den Kommunisten und ihren Hintermännern als Sturmböcke gegen die eigenen Organisationen mißbrauchen zu lassen. Wenn die Kommunisten Betriebsversammlungen einberufen, dann ist die Parole auszugeben, sie unter sich zu lassen. Sie mögen dort, soweit es ihnen behagt, über uns schimpfen. Jede aktive oder passive Teilnahme an solchen Versammlungen ist von unseren Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern ein für allemal abzulehnen.

### Schiedspruch in der Metallindustrie.

Am Sonnabend wurde im Reichsarbeitsministerium über die 25te für die Zeit vom 24. bis 30. September verhandelt. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn 20 Millionen beträgt. Die anderen Löhne erhöhen sich im gleichen Hundertsatz. Die Frauenzulage beträgt 100 000, die Kinderzulage 200 000 M. Die Affordpreise werden wie folgt erhöht: Zu den 225 Proz. zu dem Schiedspruch von der Woche vom 17. bis 22. September kommen weitere 48 Proz. hinzu.

### Die Umwandlung der städtischen Werke.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nahmen am Freitag Stellung zu der Umwandlung der städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft. Polenske vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erklärte, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Werke durchaus nicht so groß sind, daß eine Aktiengesellschaft gebildet werden müsse. Die Umwidmung bietet keine Gewähr dafür, daß die Schwierigkeiten behoben werden. Wir sehen, daß die privaten Gasbetriebsgesellschaften, die frei sind von allen bürokratischen Hemmungen, heute mit größeren finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen haben als die städtischen Werke. Die städtischen Werke repräsentieren heute einen Wert, der ausreicht, um die gesamten Reichsschulden zu decken. Als Bürger und Sozialisten haben wir die Pflicht, uns gegen jede Veräußerung städtischer Werke zu wehren. Polenske erklärte weiter, daß er früher nicht grundsätzlich gegen die Umwidmung gesprochen habe, angesichts der Tatsache, daß in einer Reihe anderer Städte bei der Gesellschaftsbildung die vertraglichen Vereinbarungen einschließlich Ruhegeld den Arbeitnehmern gegenüber voll aufrechterhalten worden sind. In Berlin hat man aber beobachten müssen, daß bei der Bildung von Gesellschaften die Rechte der Arbeitnehmer derartig gemälert worden sind, daß er jetzt seinen Standpunkt geändert hat und gegen jede Umwidmung der Werke eintritt.

In der Debatte wurde das Verhalten der Gewerkschaftskommission und des ADGB stark kritisiert. Es wäre Pflicht der Instanzen, gegen eine derartige, unbegründete Maßnahme, welche den Entkommunifizierungsbestrebungen Vorstoß leistet, in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Die von Polenske vorgelegte Resolution wurde angenommen. Darauf wurde eine Reihe

Anträge aus den Betrieben beraten. Unter anderem wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in welchem vom Lohnkartell und ADGB verlangt wird, dahin zu wirken, daß die Beschlagnahme der „Noten Fahrw“ sofort aufgehoben wird.

### Schiedspruch in der Holzindustrie.

Das Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums, unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Rees, fällt am gestrigen Sonnabend einen Spruch, wonach die Löhne in der Holzindustrie für die Woche vom 28. bis 29. September um 200 Proz. erhöht werden. Danach beträgt der Durchschnittslohn für erwachsene Vollarbeiter 17 089 240 M. pro Stunde. Die Parteien müssen sich bis Dienstag, 2. Oktober, mittags 12 Uhr, über Annahme oder Ablehnung erklären. Die erweiterte Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes nahm noch gestern Abend zu diesem Schiedspruch Stellung und stimmte ihm zu. Für die nächste Woche wurde den Parteien vom Schiedsgericht aufgegeben, an Hand der in den Gewerben üblichen Löhne und Anzahlen sich zu einigen. Nach dem Verhalten der Arbeitgeber dürfte es jedoch unwahrscheinlich sein, daß die Parteien unter sich zu Rande kommen, so wünschenswert es auch wäre.

### Lohnregelung für Buchbinder und Kartonnagenarbeiter.

Mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten und mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer sind am 28. September in Leipzig neue Reichstariflöhne vereinbart worden. Nach dieser Vereinbarung erhalten die in Kartonnagenfabriken beschäftigten männlichen Arbeiter vom 28. September ab einen Stundenlohn von 30 000 000 M., Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 18 263 000 M. Die in Buchbindereien beschäftigten männlichen Arbeiter erhalten in der Spitze pro Stunde 30 000 000 M., Arbeiterinnen 18 750 000 M. Der Affordzuschlag auf die im Affordvertrag festgelegten Positionen beträgt 669 308 000 Proz. Lohnstarife können vom Montag ab im Bureau abgeholt werden.

### Gehaltsregelung im Einzelhandel.

In der Funktionärversammlung des ASA-Bundes, Fachgruppe Einzelhandel, am Sonnabend berichtete Publii (JdM.) über die Gehaltsverhandlungen für die letzten neun Tage des Monats September. Dem ersten Angebot der Unternehmer, in der Höchsthöhe der Gruppe I für männliche Angestellte 1 Milliarde zu zahlen, konnten die Unterhändler der Arbeitnehmer nicht zustimmen. Ein weiteres Angebot der Arbeitgeber sieht als endgültiges Ergebnis für die Zeit vom 22. bis 30. September folgende Gehälter vor: in der Höchsthöhe der Gruppe I für männliche Angestellte 1100 Millionen, in Gruppe II 1350 Millionen, in Gruppe III 1600 Millionen und in Gruppe IV 1950 Millionen Mork. Aus Zweckmäßigkeitsgründen hat die Verhandlungskommission diesem Angebot zugestimmt. Weiter wurde vereinbart, daß am gestrigen Sonnabend Monatszahlungen erfolgen sollen. Die Restsumme muß bis zum 2. Oktober ausgegahlt sein. Diese neuen Gehaltsätze stellen ungefähr das 22,1fache Augustgehalt dar.

Der Redner wies dann auf die Lohnverhandlungen am Mittwoch für die erste Oktoberwoche hin. Auch hier soll wieder versucht werden, eine Aufwertung der Grundzahlen zu erreichen. Die zweimalige Auszahlung in der Woche, die in anderen Branchen bereits eingeführt ist, mußte auch im Einzelhandel eingeführt werden.

In der Diskussion wurde darüber Klage geführt, daß die Sätze für die Jugendlichen unzureichend seien. Auch die Beitragsfrage fand lebhafteste Erörterung. Sollen die Gewerkschaften ihre Schlagkraft erhalten, so müssen die Mitglieder darauf bedacht sein, die richtigen Beiträge regelmäßig und pünktlich abzuführen. Nach einem kurzen Schlusswort Publii stimmten die Funktionäre dem Abkommen zu, worauf sich die Versammelten mit der Frage der Arbeitsfreudigkeit und Kündigung eingehend beschäftigten.

### Betriebsräte! Funktionäre!

Noch niemals war die Propaganda für den Besuch der Betriebsräteschule so schwer die diesmal. Noch niemals lasteten aber auch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so schwer auf uns, wie in diesen Tagen. Dürfen wir uns aber so von der Gesamtsituation treiben lassen? Müssen wir nicht vielmehr alles tun, um alle positiven Kräfte der Arbeiterschaft wach zu erhalten? Nicht eine Politik der Verzweiflung ist unser Ziel, sondern eine Politik der klaren Erkenntnis. Hierzu aber brauchen wir eine Arbeiterschaft, die sich ihre Urteilsfähigkeit, ihre geistige Beweglichkeit erhalten hat.

Betriebsräte! Funktionäre! Weist Eure Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft auf die Kurse der Betriebsräteschule hin! Laßt den Bildungsgedanken in der Berliner Arbeiter- und Angestellten-Gesellschaft nicht untergehen. Werbt ihm vielmehr neue Anhänger unter denen, die sich über im Hintergrund gehalten haben. Werbt unter der weiblichen Kollegenschaft! Werbt vor allem unter der Jugend!

Hörerkarten zum Preise von 600 000 M., für Kurzarbeiter zum halben Preis, für Arbeitslose unentgeltlich und Lehrpläne werden in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften und im Bureau der Betriebsräteschule (Engelshofer 24/25, 2. Hof I) ausgegeben. Dort finden auch Montags und Freitags von 4-7 Uhr Lehrberatungs-Sprechstunden statt. Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Neue Löhne in der Schuhindustrie. Für die Woche vom 24. bis 29. September beträgt der Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter in der Schuhindustrie 28 291 200 M., für weibliche Arbeiter 17 488 400 M. Affordzuschlag 12 Proz. In der Schuh- und Reparaturbranche beträgt der Lohn für die Woche vom 1. bis 6. Oktober für männliche Arbeiter und als Affordzuschlag für neue Arbeiter 19 700 000 M., für weibliche Arbeiter und als Affordzuschlag für Reparaturen 19 305 000 M. Für orthopädische und mechanische Betriebe 10 Proz. Zuschlag.

Lohnerhöhung in der Zigarrenherstellung. Die bis zum 22. September geltenden Löhne erhöhen sich für die Woche vom 23. bis 29. September um 103 Proz. Umgerechnet auf die Mai-Juni-Löhne 1922 betragen die Feuerungszulagen für Affordarbeiter 99 999 900 Proz., gleich das 100000fache, Zeitlöhne und Stumpfen 90 999 900 Proz., gleich das 910 000fache. Der niedrigste Verbandsbeitrag beträgt für die Woche vom 23. bis 29. September 3 Millionen Mark ohne Sozialzuschlag.

Bananenflügel-Tarif. Nach dem Schiedspruch des Schlichtungs-ausschusses Groß-Berlin stellen sich die Löhne der Berliner Bananenfänger für die Zeit vom 17. bis 23. September wie folgt: Stundenlohn 12 895 000 M., bei Affordarbeit wird das 14 555 000 fache des Tarifess vom Jahre 1912 berechnet.

Arbeiter der chemischen Industrie! Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zur Festlegung der Löhne für die Zeit vom 28. September bis 2. Oktober 1923 führen zu keinem Resultat. Die Schlichtungsinstanzen sind angerufen. Vereinbart wurde, daß morgen, Montag, ein Vorschlag von 500 Millionen für Arbeiter über 20 Jahre, 350 Millionen für Arbeiter und Arbeiterinnen von 17 bis 20 Jahren und von 250 Millionen für Jugendliche gezahlt wird. Verband der Fabrikarbeiter, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Angestellte der Kolonialwarenbranche! Die Tarifverhandlungen mit der Arbeitgebergemeinschaft Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche und dem Reichsverband deutscher Feinkostkaufleute haben für September das 22fache Augustgehalt ergeben.

Die Angestellten im Berliner Samengroßhandel erhalten als Septembergehalt das 19fache Augustgehalt.

In der Zigarettenindustrie werden an die kaufmännischen Angestellten für den Monat September die 19 1/2fachen Augustgehälter gezahlt.

Angestellte in der Bleifumflogbranche! Es werden für September 22 Augustgehälter gezahlt.

Lebensmittelgroßhandel. Mit der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren ist für September das 25fache Augustgehalt vereinbart worden.

Angestellte der Kunst- und Bauhofsereien, Geldschrankindustrie! Als endgültiges Septembergehalt ist für sämtliche Angestellte das 20fache Augustgehalt vereinbart worden. Die Auszahlung der Restbeträge hat sofort zu erfolgen.

Angestellte des Elektrogroßhandels! Bei den Verhandlungen am 26. September wurden für die Angestellten dieser Branche 21 Augustgehälter als endgültiges Septembergehalt vereinbart. Die gewährten Vorschüsse sind hieron abzuziehen. Der Restbetrag ist schnellstens zu zahlen. Ausgerechnete Gehaltstabellen sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, erhältlich.

**Wichtig! UVPD-Funktionäre der ASA-Verbands!** Am Montag abend 7 1/2 Uhr findet im Jugendheim Lindenstraße 3, 2. Hof, 3. Et., eine wichtige Sitzung aller UVPD-Funktionäre statt. Es ist Pflicht aller Genossen, an dieser Sitzung teilzunehmen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. **Der UVPD-Verbandsausw.**

**Wichtig! Zwietsch u. Co., Charlottenburg, Salzkofe.** Montag nachmittags 4 Uhr im Lokal von Rebel, Charlottenburg, Englische Straße, Cafe Salzkofe, wichtige Versammlung aller Kolleginnen und Kollegen der UVPD. Die Wichtigkeit dieser Versammlung erfordert das Erscheinen aller. Samtpostifizierende können einbezogen werden. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. **Der Fraktionsvors.**

**Wichtig! UVPD-Verbands!** Dienstag abend 6 1/2 Uhr bei Becker, Weberstraße 17, großer Saal, wichtige Versammlung aller UVPD-Funktionäre und Delegierten zur Generalkonferenz. Tagesordnung: 1. Referat über die wirtschaftliche und politische Lage. 2. Stellungnahme zur Generalkonferenz. Jeder Funktionär ist verpflichtet, zu erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. **Der Fraktionsvors.**

**Wichtig! Oberleitender Betriebe!** Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr in der Schule Niederbismarck, Berliner Straße, wichtige Zusammenkunft aller UVPD-Genossen. Es ist Pflicht sämtlicher Parteigenossen, diese Versammlung reiflich zu besuchen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert. **Der Fraktionsvors.**

**Deutscher Reichsarbeiterverband.** Am Montag nachmittags 5 Uhr Versammlung der Vorstände der Betriebsräte und Arbeiterräte im Sitzungssaal des UVPD.

**Verband der Buchbinder und Papierarbeiter.** Für die in Stuls-, Weißpapier- und Kartonnagenbetrieben beschäftigten Vertrauenspersonen und sonstigen Funktionäre findet am Dienstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelshofer 25, eine Versammlung statt. Alle Betriebe, auch die, welche transitorisch geschlossen wurden, müssen vertreten sein.

**Verband der Lithographen, Steinsetzer und verwandte Berufe.** Dienstag 5 Uhr bei Demme, Sitzungsraum 44, Westendpark, Versammlung der Chemiker, Photographen und Steinsetzer.

**Verband der technischen Anstellungen und Beamten.** Fachgruppe Gewerbetreibender, Versammlung am Dienstag abend 7 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18.

**Zentralverband der Schuhmacher.** Donnerstag abend 5 Uhr Funktionärversammlung bei Henkel, Adenauer Straße 127a. Funktionärsausweis dient als Legitimation.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revolution: Dr. John Schickowski; Soziales und Genossenschaft: Erik Raschke; Angliederung: E. Glaser; Journalik in Berlin, Berlin: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 3, hierzu 2 Beilagen.

**Nachmittags nur Zielka!** Varieté Kabarett Friedrich-Ecke Leipziger. Eintritt frei bis auf reservierte Plätze.

## UNITED STATES LINES

**Amerikanische Regierungsdampfer NACH NEW YORK von Southampton - Cherbourg**

**LEVIATHAN**

9. und 30. Oktober, 20. November, 15. Dezember

Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK

**GEORGE WASHINGTON**

<p>24. Oktober</p> <p>President Roosevelt . . . . .</p> <p>President Fillmore . . . . .</p> <p>President Harding . . . . .</p> <p>President Arthur . . . . .</p> <p>America . . . . .</p>	<p>3. Oktober</p> <p>4. Oktober</p> <p>10. Oktober</p> <p>19. Oktober</p> <p>31. Oktober</p>	<p>7. November</p> <p>21. November</p> <p>14. November</p> <p>22. Dezember</p> <p>1. Dezember</p>
---	--	---

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Allen Näheres durch untenstehende Adressen

**UNITED STATES LINES**

Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 46, Invalidenstraße 93  
Berlin W 9, Budapester Str. 3 W 8, Unter den Linden 22  
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Egg

4/14

*Das beste Kleinauto*

*Vollendete Konstruktion*

*Hervorragende Werkstattarbeit*

*Materialien aus hochwertigsten Edelmetallen*

*Automobil Ausstellung*

*Stand No 62*

*Mercur Flugzeugbau G.m.b.H.*

*Berlin S. O. 36.*



# Die Katten verlassen das Schiff.

## Wie das Ausland über unsere Not denkt und wer sie verschuldet hat.

Der Gegensatz der Dinge ist in Berlin bis zum äußersten gediehen. Grausamste Not und wahnsinniger Luxus gehen nebeneinander her, die einen abgezehrt, geduldet, erbittert, die anderen satt, breit und voll selbstgefälliger Ueberhebung. Das Elend schreit auf den Straßen, und in den Steinwüsten des Nordens beginnt es in erschreckender Weise auch dem, der sich unbetätigt dünkt, aufzufallen. Nicht weit davon macht sich wüstes Proletariat in ärgerrückender Weise breit. Es ist selbstverständlich, daß solche traffen Gegenstände auch den Ausländern, die hier weilen, und gerade denen, die es mit uns noch am besten meinen, auffallen müssen. Sie sehen und registrieren diese Dinge, da sie unbetätigt sind, auf eigene Weise und in den Zeitungen ihrer Länder findet man oft das Abbild dieses Sehens. Was einer von ihnen schrieb, der mit den Leidenden fühlte, sei als bedeutsam und wissenschaftlich in freier Uebersetzung hier wiedergegeben. Es steht in der „Korrespondenz-Zeitung“ vom 24. August 1923 unter der Ueberschrift „Herrarna Kaffe“, was Herr Kaffe bedeutet.

### Die es aushalten müssen.

Es erweckt in Berlin keine Aufmerksamkeit mehr, daß Skandinavien, die für kürzere oder längere Zeit in Deutschland waren, unter der Wirtschaftsnote im Gastlande sich Hals über Kopf nach ihrer Heimat begeben. Aber es erregt Aufmerksamkeit, daß sich ein ständig wachsender Strom von deutschen Reisenden vom Stettiner Bahnhof aus nach Kopenhagen, Kalm, Göteborg, Stockholm und Kristiania ergießt. Was ist das für eine Sorte Deutscher, die jetzt das arme Vaterland verlassen? Sind es etwa die Verarmten aus den Mittelklassen oder die Arbeiter, die sich vor der einbreitenden Katastrophe zu retten suchen? Ach nein, diese Arbeitenden sind es nicht. Sie haben kaum mehr so viel, daß sie eine Fahrt auf der Straßendahn bezahlen können. Eine Fahrt auf der Eisenbahn in das Ausland wäre ihnen also unmöglich. Die Millionen, die Wilhelm von Hohenzollerns Politik in einen Krieg trieb, der von vornherein als aussichtslos und verloren galt, diese Opfer, sie müssen zu Hause bleiben und die grenzenlose Not aushalten, wenn sie nicht der Tod davon befreit. Es ist hier nicht wie anderswo, wo die Arbeiter nach beendeter Arbeit sich an den gedeckten Tisch setzen können. Dunkel und häusliches Elend umgibt sie. Elektrisches Licht und Gas sind abgedreht, denn die Millionenrechnung im letzten Monat konnte nicht bezahlt werden. Und Petroleum ist fast ebenso teuer und nicht zu bekommen. Die Familie ist um den Tisch versammelt. Kohlrüben bilden wieder tägliches Essen und das Stearinlicht leuchtet zu dieser Elendmahlzeit. Nach dem Essen heißt es schnell den Schlaf suchen, damit nicht zu viel Licht verbrannt wird. Denn Schlaf ist der Unglücklichen bester Freund. Das ist das Bild der Armen in Deutschland, die sich auf diesem Wege wie eingeschlossen in der Kajüte eines sinkenden Schiffes fühlen mögen. Sie müssen auf dem Schiff bleiben, ob sie wollen oder nicht, sie haben keine andere Wahl. Die deutsche Mittel- und Arbeiterklasse, die hand- und kopfarbeiter, alle sie, die das werksmäßige Leben in diesem Lande noch aufrecht erhalten, sie sind zum Tode verurteilt, falls nicht ein Wunder geschieht. — Aber die Zeit der Wunder ist vorbei.

### Die fliehenden Spekulanten.

Die Deutschen, die ich täglich zu den Wagen des Schwedenzuges, der sie auf dem Stettiner Bahnhof ausnimmt, strömen sehe, sind von anderer Art. Es sind die Leute vom Schlage der Kaffees, die Lobbys, Schieber und Börsenspekulanten. Sie suchen sich ihr Eigentum zu retten aus dem Zusammenbruch, den sie selbst verschuldet. Dieses Eigentum, das sie durch räuschelnde Börsenmanöver, durch das systematische Senken der Marktwertaufschlagskraft haben, dieses Vermögen, das sie durch fremdes Geld verdient, durch das unerschämte Dumping von deutschen Waren in Skandinavien, Holland, England und Amerika noch vergrößert haben. Die große Klasse der Arbeitenden in Deutschland verachtet diese Gesellschaft, die während und nach der Kriegszeit vom Durchhalten, von Vaterlandsliebe und

patriotischer Opferwilligkeit gesprochen, selbst aber mit satanischer Ruchheit Deutschland bis aufs letzte ausgeplündert haben. Sie haben sich den Steuern entzogen durch fortwährenden Wechsel des Wohnortes und nun suchen sie fortzukommen aus dem Lande, dessen Blut und Kraft sie ausgezogen haben. Fort von den neuen Steuern, sie wollen ihr Vermögen ganz in ausländischer Valuta anlegen, in ausländischen Banken. Ein großer Teil der Reparationssumme könnte bezahlt sein, wenn diese Herrschaften von ihren früheren herrlichen Worten einiges in die Tat umgesetzt hätten. Wie wäre es soweit mit Deutschlands Niederlage gekommen, wenn ihrer Raffaleer zeitig ein Ziel gesetzt worden wäre. Als die Not im Wachsen war, waren diese Bamppe am zahlreichsten. Sie haben der Regierung entgegengewirkt und organisiert eine Schwindelhaufe nach der anderen. Sie haben die deutschen Lebensmittelpreise hochgetrieben, so daß zwei Drittel des deutschen Volkes Mangel leiden. Sie haben mit räuschelnden Manipulationen den Kohlenpreis in die Höhe getrieben und treiben ihn aus dem sicheren Hintergrunde weiter. Werksstätten und Fabriken mußten geschlossen werden mit der Folge, daß Tausende und aber Tausende von Arbeitern ohne Verdienst und dem äußersten Elend ausgeliefert sind. Im kommenden Winter werden die Familien der Arbeitenden in Deutschland in ungebildeten Zimmern frieren müssen, während es sich die Herren Spekulanten in Stockholm und Kopenhagen an den Kaminen der feinsten Luxus-hotels wohl sein lassen.

### „Hier ist nichts mehr zu machen.“

„So, fährst du auch nach Kopenhagen?“ ruft der eine Kaffe dem anderen zu, wenn sie sich auf dem Stettiner Bahnhof treffen. „Ach, lieber Freund“, sagt der andere, „hier ist nichts mehr zu machen.“ Und meint damit, für sich und seinesgleichen sei die systematische Ausplünderung des deutschen Volkes nun beendet und nun könne man im Ausland sein Glück versuchen, obgleich der heimliche Held der Vaterlandsliebe unvergleichlich war und Armut und Not über seine Mitbürger gebracht hat. Und wie soll man sie empfangen, wenn sie in unseren Ländern eintrifft? Damit man weiß, wie würdig sie zu empfangen sind, will ich einschalten, daß es dieselben Leute sind, die in den letzten Jahren die Dumme und freche Hege gegen die Ausländer in Deutschland betrieben haben. Am meisten haben sie sich gegen die Skandinavier gemahnt, indem sie der Masse einzureden suchten, die Ausländer seien schuld an der sinkenden Mark und sie seien schuld an den steigenden Warenpreisen. Tatsache ist, daß 99 Proz. dieser Ausländer Touristen waren. Sie hielten sich einige Wochen in Deutschland auf, mitunter nur einige Tage. Sie waren gekommen, sich auszuruhen und ihren Blick zu erweitern. Und es ist lächerlich zu behaupten, diese Touristen, die in ihrem Heimatland an viel bessere Ernährung gewöhnt waren, hätten in Berlin in Bekleidungsdingen geschwelet. Bei den zurzeit noch in Berlin befindlichen Ausländern handelt es sich meist um Studenten und um solche, die sich aus anderen Gründen Studienhalber in Deutschland aufhalten müssen. Sie sind gewöhnlich nicht so gut situiert, daß sie den Tanz um das goldene Kalb mitmachen können.

Es ist erregend, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Hepppropaganda ihrer Spekulanten und Schieber gegen den Ausländer erkannt hat. Es fiel auch dem Kernsten auf, daß die Hege gegen das Ausland allezeit verbunden war mit einer satzungswollen Geste, die der Schieber schändliches Spiel verschleiern sollte. Das deutsche Volk ruft diesen gewissenlosen Herren, die Deutschland im In- und Auslande auf das unerhörteste geschädelt haben, ein kräftiges „Pfiu“ hinterher. Das Ausland, das das Vergnügen hat, diese zweifelhaften Elemente aufzunehmen, hat alle Veranlassung, in dieses „Pfiu“ mit einzustimmen.

So enden die beachtenswerten Ausführungen, die dem schwedischen Blatt von einem Landsmann über Berlin gemacht wurden. Wir sind sie los, diese saubere Gesellschaft, d. h. ein Teil von ihnen hat es vorgezogen, den Katten gleich im sinkenden Schiff, Deutschland zu verlassen, von dessen weiterer Ausraubung sie sich keinen Vorteil mehr versprechen. Aber das Band, das dieses Vorkaufs-

bedig ist, hat noch eine Mission zu erfüllen: die Kräfte zu regen und ihnen nachzuschicken und zum Teufel zu jagen, was uns heute noch von der politischen und wirtschaftlichen Verwandtschaft dieser Sippe das Leben erschwert. Es möge geschehen, solange wir noch die Kraft dazu haben.

### Das Loch im Strumpf.

Seit langem ist ja eigentlich leider alles uns durchlöchert: die Währung und die Wirtschaft, die Politik und die Preise. In dessen die Hausfrau empfindet doch wohl am lähmendsten, daß ihr überall bei den notwendigsten Haushaltsgegenständen Löcher wie offene Mäuler entgegenstehen, die gestopft werden wollen: in Hemden und Hosen, in Strümpfen, im Anzug und Kleiderstoff, in der Bett- und Tischwäsche. Damit aber den Schaden wieder kurieren und auf die alte gestopfte Stelle immer wieder eine neue Stoppe legen? An eine Neuanschaffung von Wäsche kann heute nur gehn, dessen Geld unwahrscheinlich und phantastisch groß ist. Schon das Fäden und Ausbessern bereitet den meisten Hausfrauen unüberwindliche Schwierigkeiten. Das Nähgarn und das Stopfgarn, vor allem aber die Wolle, sind in der letzten Zeit dermaßen im Preis in die Höhe gegangen, daß den armen Hausfrauen ein Schauer über die Haut läuft, wenn sie die Preise hören. Nicht minder gewaltig im Preise gestiegen sind Näh-nadeln, und vor allem Maschinennadeln. Wenn heute eine Maschinennadel zerbricht, so ist das ein größerer und härterer Verlust, als wenn früher die Nähmaschine Schaden litt. In den einschlägigen Geschäften, die mit Näh- und Stopfgarn sowie Maschinennadeln handeln, kann man täglich traurige Szenen erleben. Arme Frauen, die seit längerer Zeit diese Artikel nicht mehr benötigt haben und neue wieder brauchen, sehen sich außerstande zu kaufen, wenn sie die Preise hören. Tränenden Auges wenden sie sich ab und erklären: „Na, dann können wir nicht mal mehr sitzen und stopfen, dann werden wir und unsere Kinder bald nacht herumlaufen!“

So grotesk es ist — aber schließlich ist nicht unser ganzes Wirtschaftsleben bis zur Grausamkeit grotesk! — am besten sind die Menschen dran, die überhaupt kein Hemd mehr besitzen. Deren Zahl aber ist wahrlich nicht klein! Ein sehr beschäftigter Arzt erzählte unlängst, daß von zehn Patienten, die sich zur Untersuchung entschließen mußten, neun kein Hemd auf dem Leibe haben! Was das für die meisten schwächlichen und unterernährten Menschen beim Herrannahen der kalten Jahreszeit bedeutet, braucht nicht besonders betont zu werden.

### Die neue Woche.

Markenbrot 18, Milch 8, Gas 11, Wasser 11, Strom 22, Stadtbahn 4,5 Millionen.

Noch immer kettern die Preise, und die Grenze nach oben, die doch irgendwo vorhanden sein muß, scheint noch immer nicht erreicht. Auch die kommende Woche bringt wiederum eine ganze Reihe von erheblichen Preissteigerungen. So wird ab Montag das Markenbrot 18 Millionen kosten, während sich der Milchpreis auf 8 Millionen Mark, der für Rogermilch auf 3 Millionen 400 000 M. erhöht. Die A-Milchsorten werden mit 2/3, die B-Milchsorten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit je 1/2 Liter Vollmilch befristet. Wie bereits mitgeteilt, wird der Strompreis auf 22 Millionen, der Wasserpreis auf 11 Millionen und der Gaspreis auf 11 Millionen erhöht. Die Direktion der sächsischen Gaswerke teilt hierzu mit: Die Wehzeil, mit der der Festpreis von 10 Pf. für einen Kubikmeter Gas zu multiplizieren ist, wird für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober auf 110 000 000 festgelegt. Hiernach haben alle Gasabnehmer, bei denen in der Zeit vom 30. September bis einschließlich 6. Oktober der Gasverbrauch festgesetzt wird, für das seit der Standausnahme in der zweiten Hälfte des Septembers verbrauchte Gas den genannten Preis von 11 Millionen Mark zu zahlen. Nach Möglichkeit wird um unmittelbare Zahlung bei der Standausnahme in bar mit nicht zu kleinen Scheinen oder Barcheck gebeten. Bei diesem Verfahren entstehen dem Verbraucher keine Zeitverräumnisse und die denkbar geringsten Kosten. — Auf der

# Das Verbrechen der Elise Beitler.

Novelle von Hermann Kesser.

Und vor des Mädchens Auge erhob sich der schlichte Bau der Erziehungsanstalt von Siebenburg, dem königlichen Lustschloß vor der Stadt, und sie sah sich wieder wie in der Institutszeit in langer paarweis geordneter Reihe durch die endlosen Wege mit den verschmitzten Heden wandern, vorbei an den Schwanenteichen und den niedlichen Kokotenhäuschen mit ihren ewig geschlossenen Fensterräden. In dem Park war es immer so still gewesen, wie in der bunten goldenen Kirche, in der sie zweimal des Tags, zur Morgenmesse und zur Abendandacht, die Bänke gedrückt und davon rauhe Knie bekommen hatten. In dem Park wurden nämlich nur die jüngsten Prinzen und Prinzessinnen — solange sie in den Bindeln lagen — im Kinderwagen spazierengefahren. An jenem Tage aber, da dort der Hof alljährlich ein Gartenfest gab, die kostümierten Schauspieler der königlichen Theater das galante Leben der Popszeit erwachen ließen, die Herren in der Fuderperücke und in samtnen Hosen, die Damen im knisternden Reifrock auf dem kurzgeschorenen Rasen langten und sangen, an jenem Tage war er der brennenden Schauspiel der Jünglinge ein verbotener Garten, und die geistlichen Schwestern verperrten mit List ein sonst offenes Geheiß in dem Institutsflügel des Schlosses, von dem man den Blick in den Park hatte. Aber der Kirchturm war nicht verperrt. Und von dem engen und staubigen Bretterwerk aus, auf dem die unbarmherzigen Götzen hingen, durch die das Mädchenwoll immer zu früher Stunde aus dem traumhaften Jugendschlaf geweckt wurde, tat sich vor Gertrud und ihren verschwiegenen Freundinnen der Märchenpark mit den zierlichen Zänzern auf, alles klein wie Spielzeug zu den ätternen Füßen der heimlichen Mädchen, die bei dem Anblick nicht zu einem wagten. Zur Nachtzeit aber klüfterten die Freundinnen noch nach Wochen von Bett zu Bett von dem gestohlenen Blick und eine von ihnen brachte auch vom Ausgangsamt in der Stadt ein altes Heftchen mit fleckigen Kupfern ins Kloster, darin ein Festspiel zu Siebenburg, wie es das Schloß im achtzehnten Jahrhundert gesehen hatte, getreulich beschrieben und auch der gereimte Inhalt einer ergötzlichen Komödie zu lesen war. In den Versen jedoch war von Dingen die Rede, wie sie die Mädchen noch gar nicht zu denken gewagt hatten, von Dingen, die Gertrud bisher nur

wie eine umschleierte Ahnung in sich getragen hatte und die nun in süßen Gebilden einer verunkelten Zeit festfam und lockend enthielt waren. Als die Stiebzehnjährige das Kloster verließ, ging sie mit dämmernden Sinnen in das Haus in der Stadt zurück und es blieb von dem Aufenthalt im Kloster mit dem erlernten Wissen ein Streifen blauer und schlafender Sehnsucht in ihr.

Das verdorrte Fräulein aber sprach von anderen Dingen, sagte, daß man aus den adeligen jungen Damen, die im Kloster der geistlichen Schulschwester als weltliche Lehrerinnen beim Unterricht hätten, wie es seit Jahren der Brauch sei, die Hofdamen der Prinzessinnen wähle, und gab es wie einen Trost dazu, daß noch kaum eine die weiße Haube der Schwestern, vielmehr immer einen guten Weg im Dienste des Hofes genommen habe.

Auf Gertruds Gesicht stand, als ihr diese gutgemeinte Vernunft eines ebenen und gesicherten Daseins auf viele Weise begreiflich gemacht wurde, weder Zufriedenheit noch Verzweiflung. Sie ließ die alte Freundin gewähren, sagte es ihr in einem gehorsamen und dankbaren Ton zu, daß sie den Vorschlag erwäge und auch mit dem Bruder besprechen werde, und war nicht ausgerührt, bis das Fräulein zuletzt an alles die Mitteilung hing, Gertruds Vormund, der Hof- und Justizrat, sei derselben Meinung wie sie und habe die Absicht, es Gertrud demnächst selber zu sagen.

Dies aber war es, was eine Verwirrung schuf und das Ende der Unterredung ins Heftige bog. Denn nun sagte es Gertrud dem Fräulein heraus, daß sie sich nimmermehr überfallen lasse und alt genug sei, um sich selber die Richtung zu geben. Dann ging sie, das Taschentuch vor dem Gesicht, vom Tisch weg.

Während sich Gertrud in ihrem Zimmer erbot in einen Stuhl warf und einen Strom von Tränen hinunterschloß, ließ die alte Dame, die ihr bestürzt nachgehumpelt war, in der Tür mit Eile zusammen, ließ sie wissen, was sie geben hatte, verklagte sich selbst, daß sie vielleicht „das empfindliche Kind mit unvorsichtigen Händen angefaßt habe“, und jammerte über die Menschen der neuen Zeit.

Es ist stets so, daß alte Leute, wenn sie zusammen in die Vergangenheit schauen und sich gegenseitig darin beschäftigen, daß man sich immer schwerer in den Verwandlungen der Gegenwart zurechtfindet, gar leicht die Forderung des Augenblicks verschwären. Das alte Fräulein war um so eher dazu geneigt, als sie nun durch das Geplauder und durch das unterwürfige Sagen der Dienerin aus ihrer Aufregung her-

austam. So unterließ sie es denn, das Mädchen, in dem ihre Worte ein Feuer beleidigten Fühlens entzündet hatten, rechtzeitig der Ruhe zurückzugeben. Und während die alten Frauen durch drei Jahrzehnte spazierten, setzte sich in Gertrud ein Widerhaken von Trost und Erbitterung fest, den das Fräulein mit leichten Fingern zu lösen vermocht hätte. Es war aber der Wille des Schicksals, daß dies zum Verhängnis des Mädchens unterblieb. Denn als das Fräulein nach vielen und lebhaften Geiten endlich loskam und sich bereit machen wollte, es dem Mädchen zu sagen, daß niemand, auch nicht der gleichgültige Vormund sie zwingen und drängen wolle, da klinkte die Gartentüre und es erschien mit dem Schauspieler, der zum Abendessen angefaßt war, Gertruds Bruder. Er war sehr aufgeregt und kam in einem vernünftigen Schritt, warf ein Päckchen mit Büchern und Heften auf den erdbeeten Stuhl und wünschte der Tante einen guten Abend. „Herr Behrens, Schauspieler am königlichen Hoftheater“, wie er der alten Dame vorgestellt wurde, verbeugte sich tief und förmlich, mußte aber, wäsi er einen guten Blick hatte, zu seinem Aerger gewahren, daß die Nennung seines Standes hier keine Wirkung tat, vielmehr das verschrumpte Fräulein nur läßt die Vorquette hob, mit den klugen Augen dahinter den fremden Gast wie von oben musterte, etwas in sich hineindachte und die Vorstellung mit einer dankenden stummen Bewegung beantwortete. Eine schnell eingeschobene Einladung Ottos lehnte sie mit dem Bemerkten ab, daß sie in der Stadt erwartet werde und in der Gesellschaft nicht stören wolle. Zu einem Abschied mit Gertrud kam es nicht mehr, weil das Mädchen, von Elise gerufen, sich mit dem Bescheid ausgedet hatte, sie sei eben dabei, die Kleider zu wechseln. Sie schämte sich aber nur ihrer verweinten Augen.

Otto erfuhr nichts von dem Zwischenfall. Als endlich Gertrud in einem blauen Kleidchen und mit einem goldenen Ketten um den schlanken Hals erschien und den Schauspieler begrüßte, da war das Fräulein schon auf dem Weg nach der Stadt und trug auch, indes sie unter der milden Abendsonne unter den Bäumen hinschritt, einige Verwundung über den eigentümlichen Freund der Schwestern Geschwister mit sich, klappte ihren verblühten Sonnenschirm bald auf und bald zu und ging mit müden und zögernden Schritten dahin. „Ich hätte dableiben sollen“, meinte sie einmal und dann wieder „so ein Mädel...“ Und sie nahm sich vor, in den nächsten Tagen wieder in Berlinersfeld vorzusprechen.

(Fortsetzung folgt.)



Stadt- und Ringbahn beträgt, wie mitgeteilt, ab 2. Oktober der Mindestpreis in der 3. Klasse 4,5 Millionen und in der 2. Klasse 7 Millionen Mark.

Aus Anlaß der Tarifierhöhung vom 2. Oktober haben die Fahrkarten die übliche Geltungsdauer, d. h. die Reise muß innerhalb der vierjährigen Geltungsdauer beendet — nicht nur angetreten — sein. Zur Erleichterung des Lebens von Fahrkarten werden alle Fahrkarten, die in den letzten drei Tagen vor der Erhöhung gelöst werden, mit dem letzten Tage vor der Erhöhung abgerechnet. Die vorzeitige Lösung von Fahrkarten, die im Interesse der Zeitersparnis sehr zu empfehlen ist, bringt also keine Beeinträchtigung der Geltungsdauer der Fahrkarten mit sich. Die in den letzten drei Tagen vor der Erhöhung gelösten Fahrkarten, die nicht benutzt werden, werden im allgemeinen nur unter Abzug von 10 Proz. Verwaltungsstellen zurückgenommen.

### Todesurteil im Prozeß Radow.

Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten Paul Radow wegen Mordes und Diebstahls zum Tode und zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Außerdem wurden Radow die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig an und ließ sich auch ohne Widerstreben in die Haft abführen.

Im weiteren Verlauf des Prozesses erklärte der Gefängnisarzt Sanitätsrat Dr. Lehmann und Rechtsanwält Dr. Zehle, daß der Angeklagte zwar etwas erblich belastet, aber für seine Taten doch verantwortlich sei. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Parrilius ging in seinem Plädoyer im einzelnen auf die Tat ein und kam zu dem Schluß, daß der Angeklagte mit Ueberlegung und Kaltblütigkeit sein Opfer niedergestreckt habe. Das Motiv der Tat sei Geldgier. Er bitte daher, die Schuldfragen nach überlegter Lösung und nach Mord zu bejahen. Rechtsanwält Bahn erklärte, daß der Beweis, daß der Angeklagte einen Mord verübt habe, durch die Verhandlung nicht erbracht worden sei. Es stehe lediglich fest, daß der Angeklagte eine Bluttat vollführt habe. Durch eine Verkettung von unglücklichen Umständen mag zwischen den Eheleuten im Grimmeiß ein neuer Streit entstanden sein. In der heutigen Zeit bei unserer zerstückelten Nation komme es nur zu oft vor, daß ein verärgertes Paar blutig ausbricht, namentlich bei so nervenschwachen Menschen, wie es der Angeklagte ist. Auch Rechtsanwält Thomae vertrat in längerer Ausführungen den Standpunkt, daß die Ueberlegung nicht erwiesen sei. — Nach längerer Beratung sprachen die Geschworenen den Angeklagten Radow des Mordes und des Diebstahls schuldig. Daraufhin fällt das Gericht das oben mitgeteilte Urteil.

### Unter falschem Verdacht.

#### Festnahme einer internationalen Juweliendiebin.

Eine überraschende Aufklärung hat ein Juwelenbetrug geendet. Einer Amerikanerin, die in einem Berliner Hotel wohnte, waren Schmuckgegenstände im Werte von 30 000 Dollar abhanden gekommen. Das amerikanische Ehepaar hatte sich an dem betreffenden Abend in der Hotelbar in Gesellschaft eines befreundeten dänischen Ehepaars namens Dickmann aufgehalten. Von dort entfernte sich zuerst das dänische Paar, um ihre neben dem Zimmer der Amerikaner gelegenen Räume aufzusuchen. Hierbei überprüften sie im Zimmer der Amerikaner gegen 12 Uhr nachts einen Hotelangestellten, der über den Zweck seines nächtlichen Aufenthalts in dem Zimmer wenig glaubhafte Angaben machte. Da gleich darauf das Fehlen der Schmuckstücke festgestellt wurde, wurde dieser Hotelangestellte unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen. Wertwürdigerweise hatte nun die amerikanische Dame die Juwelen gerade an jenem Abend zum erstenmal in ihrem Zimmer gelassen, und zwar auf Zureiten der Frau Dickmann, weil diese ihr abgelegt hatte, sie mache mit den großen Juwelen den Eindruck einer „Brautkiste“. Ebenso auffällig war es, daß Frau Dickmann an jenem Abend mehrmals allein sich nach ihrem Zimmer begeben hatte, da ihr angeblich das Strumpfband zerrissen war. Nunmehr wurde Frau Dickmann auf Grund verschiedener Beobachtungen festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Während der Fahrt im Automobil beschaffte sie sich mit ihrem Strumpfband und ihrer übrigen Toilette. Das gab den Beamten Veranlassung, den Wagen geprüflich zu durchsuchen, und dabei förderten sie dann einen Teil der gestohlenen Juwelen, die sie an ihrem Körper versteckt hatte, zeigte. Die übrigen Juwelen hatte sie in dem Hotel an verschiedenen Stellen versteckt. Frau Dickmann ist offenbar eine internationale Abenteuerin ersten Ranges. Sie stammt aus der vornehmen russischen Familie Sorokowitsch. Aufenthalt war sie dann verschwunden. Später tauchte sie in Konstantinopel auf, wo sie ihren Ehemann, einen Kaufmann Dickmann, kennen lernte. Sie lebte in Holland, wo sie ihre Geschäfte haben und von wo sie sich nach vielen Städten Europas begab. Bei einer Durchsuchung in ihrem Hotelzimmer wurden noch zwei Behälter gefunden, deren Steine, die etwa 4 Karat schwer gemessen sein müssen, ausgebrochen sind. Auch diese dürften aus einem Diebstahl herkommen. Weitere Nachrichten zur Aufklärung des ganzen Verbrechens der Verhafteten, die noch in anderen Hotels verkehrt und auch dort noch nachsichtlos ähnliche Diebstähle verübt hat, nimmt Kriminalkommissar Genant im Berliner Polizeipräsidium Zimmer 105 entgegen.

### Max Klante wieder verhaftet.

Max Klante, der, wie erlinclich, als hinfällig aus dem Gefängnis freigelassen wurde und seitdem sich wieder auf der Rennbahn dieses betätigt hatte, zuletzt auch sogar in Kasarotto aufgetreten war, ist gestern von zwei Schupo-Beamten in seiner Wohnung verhaftet und sofort nach dem Strafgefängnis in Tegel abgeführt worden, um die gegen ihn von der Strafkammer des Landgerichts III verhängte Reststrafe von 2 1/2 Jahren zu verbüßen. Die Rechtsanwält Dr. Kischger und auch Dr. Well haben erneut Haftentlassung beantragt, indem sie sich auf das Ergebnis des Gefängnisarztes in Tegel berufen, der Klante für hinfällig bezeichnet und erklärt hat, daß er bei der fortgeschrittenen Jugendverfallsstufe eine Verantwortung für die Verschärfung der Haft nicht übernehmen könne.

### Nach eine „Abfindung“!

Beiden Schwestern die Geldentwertung denen bringt, die eine n Geldanspruch an eine Behörde haben und Monate hindurch auf Zahlung warten müssen, das ist im „Vorwärts“ schon oft gesagt worden. Die durch die Langsamkeit der Behörden verursachten Schädigungen haben in den letzten Monaten bei dem hiesigen Marktwort, der über uns hereingebrochen ist, sich besonders stark fühlbar gemacht. Wir begreifen den Grimm, der einen Kriegsbeschädigten packt, wenn man ihm im September auszahlte, was ihm im Juli zugesprochen wurde. Ein Kriegsbeschädigter mit 20 Proz. Erwerbsunfähigkeit erhielt Anfang Juli vom Versorgungsamt die Nachricht, daß er mit einer einmaligen Summe von 600 000 M. abgefunden werden sollte. Die Pünktlichkeit, mit der ihm dieses Schreiben schon drei Tage nach Verhängung des Urteils zugesandt wurde, erregte bei ihm Bewunderung. Er schickte sich darauf ein, zehn Zentner Briefs zu dem damaligen Preise von 40 000 M. je Zentner (heute klingt er mörderisch!) zu kaufen und den Rest mit 200 000 M. seinem von ihm unterhaltenen alten Vater zu geben. Leider erhielt er aber die 600 000 M. erst etwa zehn Wochen später ausbezahlt, d. h. zu einer Zeit, wo man für 600 000 M. nichts Kennenswertes mehr kaufen konnte. So wird der Versorgungsbeschädigte um sein Geld gebracht! Unser Gewährsmann verweigerte jetzt die Annahme des Geldes und schrieb dem Versorgungsamt, daß ein Mann von Ehre sich nicht mit einem solchen Nichts abfinden läßt.

### „Freie Aussprache für jedermann!“

#### Und wie sie in kommunistischen Versammlungen aussieht....

Die Kommunisten wenden sich in ihren neuesten Plakaten an die sozialistische Arbeiterklasse, sie haben die Stirn, unserer Partei und den Gewerkschaften ein „Ultimatum“ zu stellen und sie aufzufordern, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Ihre Unverschämtheiten, ihre moralische Verleumdung, die denen der Jakobinerverbände in nichts nachgibt, wird durch einen Versammlungsbericht gekennzeichnet, den uns ein Genosse sendet, der sich zu seinem größten Leidwesen an einer kommunistischen Versammlung beteiligt hatte. Der Genosse schreibt:

„In einer Donnerstagabend in Schöneberg, Aula der Hohenzollernschule, von der KPD. einberufenen „Öffentlichen Volksversammlung mit freier Aussprache“ verließ diese freie Aussprache“ wie folgt. Nach dem Referat wurde vom Versammlungsleiter ausdrücklich und immer wieder aufgefordert, Gegner und Andersdenkende sollten sich zum Wort melden. Das geschah denn auch. Der erste Gegner, ein alter Gewerkschaftler, wurde, so wie er für die KPD. Unangenehmes vordruckte, immer härter unterbrochen und mußte nach wenigen Minuten vor dem wüsten Geschrei der KPD.-Leute des Podium verlassen. Als dann im weiteren Verlauf der Diskussion erneut ein „Andersdenkender“ das Wort ergriff und nachdem er der Versammlung an Zitaten ihrer eigenen Führer das Ranghefte ihres Verhaltens gegenüber dem ersten Gegner klargestellt hatte und dann seinerseits in ruhiger, sachlicher Weise seinen gegnerischen Standpunkt begründete und die Richtigkeit seines Standpunktes an der Hand von Zusprüchen russischer Kommunistenführer und an praktischen Beispielen erläuterte, wurde er plötzlich von einem auf der Bühne offenbar zu diesem Zweck aufgestellten Stoßtrupp von der Bühne herabgeworfen und dann zum Saal ausgeführt. Einem letzten Gegner, der gegen eine solche Art von „Redefreiheit“ auf das schärfste protestieren wollte, wurde das Wort nicht erteilt. Um wurde vom Versammlungsleiter, der all diesen Vorkommnissen hämisch lächelnd zusah und nicht einen Finger für den ordnungsmäßigen Verlauf der Versammlung rührte, laut zugerufen: „Mit deiner Kunst kannst du hier überhaupt nicht zum Reden.“ Das Entsetzliche an diesem ganzen lächerlichen Bild war der Umstand, daß die übergroße Mehrheit der Versammlung ein solches mit ihren Worten im schärfsten Widerspruch stehendes Verhalten der KPD. auf das schärfste mißbilligte, wie die erregten und empörten Rufe erkennen ließen. Freunde wird die KPD. an diesem Abend nicht gewonnen haben.“

Immer wieder lassen sich manche unserer Genossen aus falsch angewandtem Solidaritätsgefühl von den Tiraden der Kommunisten betören, trotzdem sie oft genug schon die bösesten Erfahrungen gemacht haben. Wir Sozialisten lehnen die kommunistischen Methoden ab. Unsere Selbstachtung muß uns zwingen, den Kommunisten gegenüber die nötige Reserve, aber auch unter Umständen die richtige Aktivität aufzubringen.

### Eine ergebnislose Steuer.

#### Keine Einziehung der Wohnungsbaugabe mehr.

Der Magistrat hat am Mittwoch beschlossen, die Veranlagung und Einziehung der Wohnungsbaugabe bis auf weiteres ganz einzustellen, bis durch eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen die Voraussetzung für ein angemessenes Verhältnis der Verwaltungsstellen zum Ertrage der Abgabe geschaffen wird. Auf die Einziehung der für frühere Vierteljahre noch ausstehenden Beträge wird verzichtet.

Das in Preußen eingeführte System der Wohnungsbaugabe (Veranlagung des Hauseigentümers und Umlegung durch das Katasteramt, Zwangseinziehung bei den einzelnen sämigen Mietern, für die nach dem Höchstgehalt wieder eine ganze Reihe von Ermäßigungs- und Befreiungsmöglichkeiten bestehen) bedingt für die Einziehung erhebliche Schwierigkeiten und Verzögerungen, so daß die Beiträge im Zeitpunkt des Einganges zum Teil ganz entwertet sind. Dazu kommt, daß für die Wohnungsbaugabe auch im preußischen Geldentwertungsgezet keine Anpassung an die Geldentwertung vorgesehen ist, so daß sogar die Anwendung der Bestimmungen über die Erhebung von Zuschlägen bei verspäteter Zahlung oder Stundung auf die Wohnungsbaugabe ausdrücklich ausgeschlossen worden ist. Bei dem außerordentlichen Anwachsen der Verwaltungskosten durch die Steigerung aller Gehälter und Löhne gerade in den letzten Wochen im nächsten Vierteljahr die Verwaltungskosten das Vielfache des Ertrages betragen.

Herr v. Raehne senior vor dem Schwurgericht. Der Schwurgerichtsprozeß gegen Herrn v. Raehne senior findet in Potsdam nun endlich am 3. Oktober statt. Der Angeklagte wird der Tötung des 16-jährigen Ohrschießers-Laase aus Geldgier beschuldigt.

Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 1. Oktober 1923 ab bis auf weiteres zum 15 000 000 fachen Ertrage des Nennwertes statt.

Patente, Gebrauchsmuster, Warenzeichen. Von einschneidender Bedeutung ist eine Neuerung, die mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt. Bisher dienten für die Veranlassungen des Reichspatentamts über Patente, Gebrauchsmuster und Warenzeichen der „Reichsanzeiger“ (Zentralhandelsregister- und Warenzeichenbeilage). Mit dieser durch Jahrzehnte hindurch den beteiligten Kreisen gewohnten Einrichtung muß aus Ersparsinnlichkeitsmäßig abgebrochen werden. An Stelle des „Reichsanzeigers“ tritt jetzt für Patente und Gebrauchsmuster das „Patentblatt“, das am Donnerstag jeder Woche ausgegeben wird und für Warenzeichen das „Warenzeichenblatt“, das am 15. und am letzten Tage jedes Monats erscheint. Neben der beiden Blätter kann im Monatsabonnement durch die Post bezogen werden. Das Bekanntwerden dieser Neuerung dürfte für Handel, Industrie und Gewerbe von größter Wichtigkeit sein.

Die Volkshöhe E. V. veranstaltet in diesem Jahre allmonatlich in sieben auf die verschiedensten Stadtteile verteilten Schulstunden bezirkliche Vorträge (Vef.) Abende, die jedermann für ein geringes Eintrittsgeld zugänglich sein sollen. Die ersten Abende finden am 1. Oktober in der Aula Gipsstr. 23, am 2. Oktober in der Aula Reichenberger Straße 68, am 3. Oktober in der Aula der Schule an der Ruhelplatzstraße (Kocher), am 4. Oktober in der Aula Donaustraße 122/127 (Neulöh) statt. Rosa Zepher liest soziale Dichtungen, E. Rehrtrappe Vollen.

Die diesjährigen Mitgliederversammlungen der Volkshöhe E. V. finden am Montag, den 1. Oktober, statt, und zwar in folgenden Lokalen: Gewerkschaftshaus, Müller-Festhalle (Kaiser-Wilhelm-Straße), Rosenhaller Hof (Rosenhaller Straße) und Wöders Festhalle (Weberstraße).

### Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 29. 9. (in tausend Mark)	
Rindfleisch	35000-50000
Kalb- und Schweinefleisch	20000-25000
Schweinefleisch	45000-60000
Lobende Hechte	30000-35000
Aale	50000-55000
Plötzen	25000-30000
Aale in Eis	25000-30000
Zander in Eis	25000
Plötzen	12000
Karpfen	24000-25000
Hechte	25000
Butter	65000
Margarin	20000-30000

Schmalz	
Talg	35000
1. Kl.	5000
Grüne Bohnen	5000
Welschkohl	2500-2600
Zwischeln	4000
Tomaten	7000
Birnen	7000-20000
Pflaumen	5000-10000

Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark)	
Pollerei vom 22.-24. 9.	1 288 430
Maler vom 28. 9. his 1. 10.	1 800 000
Brunnenbauer 22.-28. 9.	638 000

### Die Not gemeinnütziger Krankenhäuser.

#### Reichshilfe und Selbsthilfe.

Zur Verhütung des völligen Zusammenbruchs, von dem die gemeinnützigen Krankenhäuser infolge drückenden Geldmangels bedroht sind, will der vor einiger Zeit begründete Reichsverband der nichtstaatlichen und nichtstädtischen Kranken- und Pfliegeanstalten Deutschlands den Weg der Selbsthilfe beschreiten. Was geschehen muß, darüber wurde auf einer von ihm nach Berlin einberufenen Tagung am Sonnabend verhandelt. Der Verband hat schon eine Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrts-Einrichtungen geschaffen, die den einzelnen Anstalten die Mittel zur Weiterführung des Betriebes hergeben soll. Die Anstalten müssen einen Teil ihres Bestandes hypothekarisch an die Hilfskasse verpfänden, und sie kann dann mit den Hypotheken eine Anleihe decken, die ihr von einer Bankgruppe bereits zugesagt ist. Bis diese Selbsthilfeorganisation wirksam wird, bleiben die gemeinnützigen Anstalten daneben noch auf Reichshilfe angewiesen. Mehrere Redner führten aus, daß zwar die kommunalen Anstalten aus § 60 des Finanzausgleichsgesetzes schon ein Jahr hindurch zahlreiche Zuschüsse erhalten haben, den gemeinnützigen Anstalten aber die nach § 61 desselben Gesetzes ihnen zugesagte Hilfe bisher verweigert worden ist. Angenommen wurde eine Entschädigung, die an den Reichstag die Bitte richtet, für Durchführung des § 61 zu sorgen. Der Verband hält für nötig, daß diese Hilfe wenigstens in der nächsten Uebergangszeit noch gewährt wird. Den Weiterbestand der Anstalten aber soll die in der Hilfskasse organisierte Selbsthilfe sichern. In der Tagung nahmen auch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern teil. Unter Hinweis auf die Finanzlage des Reiches begrüßten sie es, daß die Anstalten die Notwendigkeit der Selbsthilfe erkennen. Die einwirkten noch nötige Hilfe aus Reichsmitteln wurde zugesagt und in Höhe von zehn Billionen angekündigt.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Heute, pünktlich nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo, „Die Jüdin von Toledo“, Aufschlag von Karl v. Müllern. Einmal Karten sind noch an der Kasse zu haben. — Am Donnerstag, 4. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Sitzung des Bezirksbildungsausschusses. — Mitts 11 Uhr bezaime die Besprechungen der Arbeiterbildungsschule, Stollstraße, von 11. 30 bis 12. 15 Uhr im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8. — Ausstellung von Bildern, Keramiken und Originalabdrücken erster Künstler im Bezirksbildungsausschuss, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Besichtigung und Verkauf während der Durchsicht von 9-5 Uhr.

Jugendbeweise Neulöh. Anmeldungen zur Herbstjugendbeweise der KPD-Neulöh werden schon jetzt in den Vorwärts-Redaktionsbüros 2 und 3, Friedrichstraße wochentags von 2-6 Uhr entgegengenommen. Eintrittsbeitrag 500 000 M.

### Jugendveranstaltungen.

#### Heute, Sonntag, den 30. September.

Schulbesuch. Heute abend findet in der Aula der Weidlichen Schule, Goldschmiedestraße 2, eine Schulentfessungsfeier statt. Programm: Musik, Gesang, Vorträge, Preisverteilung, Aufsprache, Genuß-Gesellschaft. Die Schulentfessungsfeier findet im Festsaal des Postamtes im Bereich des Postamtes statt.

Schülerfestschließungsfeier in der 2. Gymnasialklasse des Gymnasiums Friedrichstraße 10-12. Festabend aus Anlass Musik, Preisverteilung, Agitationen, Aufsprache u. c. m.

#### Morgen, Montag, den 1. Oktober.

Friedrichshagen, Jugendheim Offenbachstraße 3a, Vortrag: „Der Mensch der Urzeit“.

### Finanzwirtschaft und Valutaesend.

Ueber die Thema sprach in einer sehr gut besuchten Funktionärskonferenz am Freitag, den 28. 9. M., im Jugendheim, Lindenstr. 3, die Genossin Dr. Hilde Oppenheimer.

Deutschland, so führte die Rednerin aus, ist nicht mehr in der Lage, seine Verpflichtungen gegenüber dem Auslande mit Produktionswerten auszugleichen. Es muß sie mit Geld ablösen. Das ist der wirtschaftliche Grund der Geldentwertung. Der innerwirtschaftliche Grund ergibt sich aus der Ungleichheit zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, die ihn zum Notendruck zwingt. Einer gleichbleibenden Menge Waren steht eine größere Menge Geld gegenüber. Die Folge davon ist, daß das Geld an Wert verliert, und der Wert der Ware, die Preisse steigen. Diese Zustände sind auch nicht durch Wucherbekämpfung zu beseitigen. Der Kleinhandel wird zwangsläufig gezwungen, den Wiederbeschaffungspreis der Waren von der Bevölkerung zu nehmen. Die Preissteigerung wird von der Produktion und dem Großhandel bestimmt, bei denen eine Nachprüfung der Kalkulation auf Verhöre gegen die Belegabgabe sehr erschwert ist. Hingru kommt die wirtschaftliche Unkenntnis der präsidierenden Beamten. Das beste Mittel gegen die Preissteigerung ist das Herabsetzen der ausländischen Konkurrenz, die jetzt durch das Sinken unserer Valuta unterbunden ist. Den Preisen ist am besten durch die Ordnung der Währung beizukommen. Der Versuch, wertbeständige Löhne zu schaffen, ist zum Scheitern verurteilt. Auch hier ist eine Heilung nur von der Gesundung der Währung zu erwarten. Die Rednerin unterzog dann die soeben genannte Bodenart (Neumar) einer Kritik. Es sei notwendig, ein Geld zu schaffen, das überall, besonders aber im Auslande, Wert habe. Das sei von einem Gelde aus hypothekarischer Belastung bodenkundiger Werte in Industrie und Landwirtschaft nicht zu erwarten. Innerwirtschaftlich sei mit dieser Methode abermals die Gefahr verbunden, daß der Staat auch auf diesem Wege zur Herausgabe einer beliebigen Menge dieser Geldwerte schreiten könne. Es sei eine zu harte Probe für das deutsche Volk, diesen Versuch noch einmal durchzuführen. Bei dem Versuch, den augenblicklichen Valutaverhältnissen beizukommen, sei auch die Denkminderung mehr oder weniger erfolglos geblieben. Es sei schwer, festzustellen, welche Devisen für die Produktionserhaltung notwendig seien. Das Stilllegungsgesetz müsse eine Erweiterung erfahren in der Weise, daß mit Beitragsleistungen die Ablieferung von Devisen verbunden sei. Auch hier lege zwar die Gefahr der Verschleierung vor, es sei jedoch eine Hemmung gegen ungerechtfertigte Betriebsstilllegungen geschaffen. Die Ordnung des Staatshaushaltes erfordere zunächst die Herabsetzung der Ausgaben. In erster Linie sei der Aufbau des Beamtenapparats gefordert worden. Dabei sei es Pflicht der Partei, darauf zu achten, daß dieser Aufbau nicht zur Schwächung der Demokratie in der Verwaltung mißbraucht werde. Alle geschäftlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Devisenordnung und des Preisabbaues seien dann wieder zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Eine erfolgreiche Erhöhung der Staatseinnahmen sei immer nur möglich durch die Steuererhebung. Es komme dabei nicht auf neue Steuern, sondern auf richtige Steuern an. Die Einkommensteuer sei zu hoch. Die Belastung großer Einkommen mit 60 Proz. habe eine Verschleierungswirkung bei großen Einkommen gereizt. Notwendig sei eine durchgreifende Vermögenssteuer, die jeder Unternehmer auf Grund seines Vermögens, ganz gleich, ob der Betrieb groß oder klein ist, mit Tausenden von Mark befalls. Dann werde er das Bestreben haben, möglichst viel aus seinem Betriebe herauszuwirtschaften. Die Einkommensteuer veranlasse zur Unproduktivität, die Vermögenssteuer zur Produktivität. Bei der Landwirtschaft seien besondere Besteuerungsmöglichkeiten.

In der sehr lebhaften Diskussion äußerte sich das starke Interesse, das insbesondere die Frauen an diesen Fragen haben. Wenn sich dabei manche Erbitterung zeigte, so ist das nicht nur als notwendige Reaktion zu bewerten, sondern muß für die Partei und die Fraktion ein Signal sein, ihre ganze Kraft für die Durchführung einer ernsthaften Währungsreform zu entfalten.











# Donnerstag: Mitglieder-Kreisversammlungen!

## Aus der Partei.

Beiträge für die Woche vom 7. bis 13. Oktober.

Wie der Parteivorstand bekannt gibt, soll für die 41. Kalenderwoche (7. bis 13. Oktober) als Mindestbeitrag erhoben werden: 3 Millionen Mark von den männlichen Mitgliedern, 1 1/2 Millionen Mark von den weiblichen Mitgliedern.

### Das Ende der „Neuen Zeit“.

Wie der Verlag J. H. W. Diez mitteilt, hat das wissenschaftliche Organ der Partei, die „Neue Zeit“, mit der Nr. 10 dieses Jahrgangs ihr Erscheinen eingestellt. Schon im Januar dieses Jahres mußte die Zeitschrift wegen der steigenden Herstellungskosten vom wöchentlichen zum halbmonatlichen Erscheinen übergehen. Aber auch diese Ersparnis half nichts; die Zuschüsse, die sie erforderte, waren zu groß, als daß die Partei sie weiter aufzubringen vermochte.

Mit der „Neuen Zeit“ verschwindet ein wissenschaftliches Organ, das nicht nur in der deutschen, sondern auch in der internationalen Arbeiterbewegung führend gewesen ist. Noch unter dem Sozialistengesetz, im Jahre 1883, ins Leben gerufen, verband die „Neue Zeit“ vor allem der rastlosen Arbeit Karl Kautskys, der bis Oktober 1917 ihre Leitung in Händen hatte, daß sie dreizehn Jahre hindurch der Sammelplatz der besten Kräfte des internationalen Sozialismus gewesen ist und viel dazu beigetragen hat, daß die marxistische Theorie sich in der Arbeiterbewegung aller Länder durchsetzte. Noch heute bilden die alten Jahrgänge der „Neuen Zeit“ eine unerschöpfliche Fundgrube für das Studium der Theorie und Praxis des Sozialismus. Hoffen wir, daß ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung an die Stelle der „Neuen Zeit“ recht bald ein anderes Organ setzt, in dem die Probleme des Sozialismus im Geiste der „alten“ „Neuen Zeit“ behandelt und für die internationale Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden.

Außer der „Neuen Zeit“ haben auch die „Gleichheit“, das Organ der sozialistischen Frauen, und die „Gemeindepolitik“, die frühere „Kommunale Praxis“, vorläufig ihr Erscheinen einstellen müssen.

### Bildungswejen.

Die Bildungsausschüsse und Organisationen mögen beachten, daß an die Stelle des Zentralbildungsausschusses der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von jetzt an „Der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit“ tritt. Die Einrichtungen des Zentralbildungsausschusses, wie die Lichtbildzentrale, die Schriften- und Literaturvertriebsstelle, sind von der neuen Körperschaft übernommen worden. Alle Zuschriften sind zu richten an den Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit (Richard Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bewilligungen erfolgen wie bisher auf das Postfachkonto Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Nr. 15 604, Postfachamt Berlin NW. 7.

### Beschlüsse der Organisationen.

Braunschweig. Landtagsfraktion und Bezirksvorstand der BSP. Braunschweigs haben sich mit der Lage im Reich beschäftigt und gegen zwei Stimmen folgender Entschluß gefaßt: „Die am 25. September 1923 stattgefundene Sitzung des Bezirksvorstandes und der Landtagsfraktion der BSP. Braunschweigs beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, schnellstens die Zwangs-

wirtschaft für die gesamte Produktion, verbunden mit Anbauzwang, einzuführen.

Des Weiteren ist die Reichsregierung zu veranlassen, sofort einen Gesetzentwurf zur Erfassung der Sachwerte vorzulegen.

Nach Meldung des SP.-Dienstes haben die bürgerlichen Minister bisher keine Forderung der sozialdemokratischen Minister abgelehnt. Durch diese Mittelung werden unsere Genossen in der Regierung mit der vollen Verantwortung für alles das belastet, was während ihrer Amtszeit verabsäumt ist.

Sollten die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung unsere Forderungen nicht erfüllen, sind unsere Genossen aus der Regierung zurückzutreten und der Kampf für unsere Forderungen außerhalb des Parlaments und der Regierung aufzunehmen.“

Düsseldorf. Die Unterbezirkskonferenz der SPD. Düsseldorf vom 23. September nahm gegen 1 Stimme folgende Resolution an:

„Die Regierung Stresemann findet nicht die Initiative zu Maßnahmen, die Deutschland vor dem Bürgerkrieg und der Zerreißung bewahren.“

Als letzten Versuch in dieser Richtung haben unsere Genossen in der Regierung dem Kabinett Stresemann ein befristetes Ultimatum zu stellen, in dem gefordert wird, daß das Regierungsprogramm der SPD. voll und ganz verwirklicht wird.

Lehnt das Kabinett diese Forderung ab, so haben unsere Genossen aus der Regierung auszuscheiden, da es dann offensichtlich ist, daß die bürgerlichen Parteien nicht imstande sind und nicht gewillt sind, den Zeiterfordernissen Rechnung zu tragen. Die Parteileitung der SPD. hat sofort mit den Spitzenorganisationen sämtlicher Gewerkschaften, den Konsumistenorganisationen und den übrigen proletarischen Organisationen zwecks Bildung einer Arbeiterregierung in Verbindung zu treten.

Das Programm dieser Regierung muß neben den der heutigen Situation entsprechenden Forderungen im Sinne des Regierungsprogramms der SPD. die Erfassung der Sachwerte in der Höhe und Form enthalten, die es Deutschland ermöglicht, die Wirtschaft intakt zu halten und seinen Verpflichtungen zu genügen.“

Breslau. Der Sozialdemokratische Parteivorstand Breslau 1 lehnte nach einem Referat des Genossen Künstler (Berlin) in der Mitgliederversammlung vom 21. d. M. eine Entschlüsselung ab, in der für sofortige Austritt der Parteimitglieder aus der Reichsregierung gefordert wurde. Angenommen wurde eine Entschlüsselung folgenden Wortlauts:

„Die Mitgliederversammlung der SPD. Breslau verlangt von Reichstagsfraktion und Parteivorstand energische Abwehr der neuerdings verstärkten Versuche zur Durchbrechung des Achtstundentages. Gerade in der gegenwärtigen Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kann die Forderung nach Ueberarbeit einzelner Arbeiterkategorien nur als prognostizierender Versuch zur Durchbrechung der Arbeiterkürbarkeit betrachtet werden, für den auch ein volkswirtschaftlicher Vorwand nicht gegeben werden kann. Die praktische Unterstützung der Durchbrechung des Achtstundentages durch die bürgerlichen Koalitionsparteien muß der SPD. das Verbleiben in der Regierungskoalition unmöglich machen.“

Die Breslauer SPD. wird sich durch die Koalitionspolitik nicht von der Fortführung ihres Kampfes gegen Reichswehrminister Gehler zurückhalten lassen. Gehlers Verbleiben erschwert ihr die Unterstützung der Friedenspolitik des Reichskabinetts zu raschem Abbruch des Ruhekampfes, dem die Breslauer SPD. zustimmt und dessen Befestigung sie zur Vermeidung des inneren Zusammenbruchs fordert.

Dem Reichstag fordert die SPD. Breslau sofortige Schritte zur gesetzlichen Erfassung der Sachwerte durch das Reich. Ohne die sofortige Inangriffnahme dieser Maßnahme erscheint die große Koalition untragbar.“

Außer einer zweiten Entschlüsselung, die einen Teil derselben Forderungen aufgestellt wie die hier abgedruckten, wurde noch ein Antrag angenommen, der die rasche Verabschiedung des Reichsschulgesetzes mit der gesetzlichen Grundlage für die weltliche Schule fordert.

Hannover. Eine Funktionärerversammlung der SPD. Hannover vom 23. September nahm folgende Entschlüsselung an:

„Die heutige Reichsregierung hat in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht einen Augiasstall vorgefunden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Stadt Hannover fordert deshalb den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion auf, an die Reichsregierung unverzüglich folgende Forderungen zu stellen: 1. Das Ruhrabenteurer muß schnellstens einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden. 2. Zur Ausschaltung des Wuchers ist die Preisgestaltung durch die Behörden unter Mitwirkung der Verbraucher zu beeinflussen. Preisüberschreitungen der Produzenten und des Handels werden mit Zuchthaus, mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, mit Entziehung der Handelsbefugnis oder mit der teilweisen, im schwersten Falle restlosen Einziehung des Vermögens bestraft. 3. Die Höhe der Arbeitnehmer in Reich, Staat und Kommune sind auf Goldbasis zu bringen. 4. Die bereits beschlossenen Steuern sind werbeständig zu machen und unter strenger Anwendung der Strafbestimmungen gegen Saboteure rückstandslos einzureißen. 5. Unter Durchführung einer umfassenden Finanzreform ist das Reich an der Wirtschaft durch Erfassung der Sachwerte in Form von Zwangshypotheken zu beteiligen. 6. Zur Verdrößerung der Grundlage der neugeschaffenen Goldnotenbank hat die restlose Beschlagnahme der Devisen, der Edelmetalle und Edelsteine zu erfolgen. 7. Der Achtstundentag ist endlich durch Reichsgesetz zu sichern. 8. Die Reichswehr ist von republikfeindlichen Elementen gründlich zu säubern. — Arbeit die bürgerliche Mehrheit der Reichsregierung und der Parteien gemeinsam mit unseren Genossen im Sinne dieser Forderungen, so billigt die Partei das Verbleiben ihrer Vertreter in der Regierung. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die weitere Stellungnahme unserer Partei zu dieser Frage.“

Eine Milliarde zweihundertfünfzig Millionen wurden von den Angestellten der Buchhandlung J. H. W. Diez (Vorwärts-Buchhandlung) gekammet und für den Kampffonds dem Parteivorstand übergeben.

Genosse Ferdinand Hausch, dessen Hinscheiden wir schon gemeldet haben, ist einem Darmkrebsleiden erlegen. Er war neben seiner politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit auch ein feiner empfindender, warmherziger Arbeiterkämpfer.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Bildungsabend, Gruppe Lichtenberg, Montag, den 1. Oktober, im Jugendheim Parkstr. 7 1/2 Uhr Vortrag: „Kampf und Volkstum“. — Dienstag, den 2. Oktober, Arbeiter-Bildungsabend, Sprechstunde des Roten Kreuzes Engelstr. 29 7 bis 8 Uhr. — Mittwoch, den 3. Oktober, Gruppe Reinickendorf, Rindowstr. 44, 7 1/2 Uhr Vortrag: „Die Friedensbewegung“. — Donnerstag, den 4. Oktober, Die Einbürgerung der Samenscheitler Scherrstr. 10 abends 8 Uhr. — Freitag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 29. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 19. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 23. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 24. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Dienstag, den 25. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Mittwoch, den 26. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Donnerstag, den 27. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Freitag, den 28. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Samstag, den 29. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Sonntag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1. — Montag, den 31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Remotarium Baum-Schulmannstr. 1.

## Rain und Abel.

Skizze von Jakob Böhmer.

„Es gibt doch immer wieder etwas Neues, Georg“, sagte Ephraim Gemüt, als er mit seinem Bruder durch den unfrohen Wintermorgen in den Leihboden hinaustrat, um das letzte Heu herunterzuholen.

Georg knurrte etwas. Er rüffte den Hornschlitten, den er über den Ächeln trug, ins verloren gegangene Gleichgewicht zurück und stapfte in die Spuren des Bruders.

Rain zog der Wind vom Karstod her über die Schneehalden. Die Tiefe war die voll Rebel, und graue Wollentücher hingen zum Grollen nahe aus einem eintönigen Himmel, aus dem mühsam ein spärliches Licht troff.

Ephraim fuhr fort: „Nun ist einem ein kurzer motorloser Flug gelungen.“

„So“, gab Georg zurück. Es klang wie wenn er hätte sagen wollen: fängst wieder an mit dem Blödsinn! Ephraim blieb plötzlich stehen, so daß Georg, der es nicht gleich inne ward, seinen Schlitten gegen den des Bruders stieß. — „Himmel-herr...“ fluchte er, „was steht plötzlich still wie ein Bod.“

Über Ephraim war längst weitergegangen. Er lachte auf den Stockhaken und schlog.

Bei der Oberhütte blieben sie verschnaufend stehen. Der Wind schickte einen Nebelregen den Berg hinauf, und als er über den Köpfen der beiden Brüder weg war, war der Ausblick ein Weilschen wie neu gewaschen und reichte über ein milchiges leicht brodelndes Rebellmeer bis an die andere Talseite, wo zwischen Wolken und Rebel etwas wie ein dünner Sonnenstreifen auf Schneefeldern lag, darauf ein paar Häuser mit schwarzer Holzwand und lähen Fensterblenden standen.

Georg sagte neckisch: „Jedes Sonnlein haben die Randeder.“ „Was klagst“, lachte Ephraim, „hat nicht dein Schwiegervater dort das schönste Land?“

„Schönes Land, gutes Land!“ sagte Georg gelzig und spähte in den Sonnenstreifen.

„Und das bekommt einmal. Jetzt doch sicher, wo ihr verprodien seid.“

Die beiden Schlitten, welche den Nebeneinanderstehenden auf den Schultern saßen, beschriebene zwei einwärtsgerichtete Kreisabschnitte, denn die Brüder wollten sich ins Auge sehen. Aber sie hielten beide plötzlich inne.

„Einen blauen Teufel“, knurrte Georg, „das Land laß ich fahren.“

„Was?“ frag Ephraim erstaunt. „du?“

„Natürlich. — Kergert dich das?“

„Was geht das mich an“, machte Ephraim leichtsin, und tat eine Bewegung, als wollte er weiter gehen.

Georg entfuhr es: „Sünd und Schade ist's! Ein Bergheimwejen, wie's Tal auf und ab nicht bald eines gibt.“

„He ja“, bestätigte Ephraim, „Ist ist wahr!“

Georg fuhr plötzlich giftig den Bruder an: „Dir würde es passen, wenn ich da hinüber zöge, he!“

„Wir?“

„Und ich ginge ja auch, würd' dir Platz machen, wenn nur etwas mit dir los wäre. Aber wegen dir kann aus Horstetten werden was will, du wirst nie ein Maul aufstun in der Gemeinde.“

„Selb kann schon sein“, machte Ephraim und lachte in sich hinein.

„Aber die Gemüt sind verantwortlich, wenn's in Horstetten schlecht geht!“

„He, du bist ja jetzt schon in der Rechnungsprüfungskommission, und im Alpausschuh und...“

„Und in drei Jahren komm ich in den Gemeinderat, für das steh ich gut; aber just darum kann ich nicht nach Ramden. Wer bin ich dort? — Ein Fremder! Ein Hinterläß aus Horstetten, einer aus einem ganz anderen Kanton, einer ganz anderen Welt...“

„Siehst du“, sagte Ephraim, „dem wäre nicht so, wenn man das motorlose Flugzeug hätte.“

„Schwach doch kein Biest!“

„Lachsch. Wenn einmal der Apparat erfunden ist, werden wir Horstetter drüben in Ramden Wiesen und Äpen haben, werden mit Vieh und Heu herüber- und hinübergleiten und werden nach dem Nachessen im Sternen zu Ramden zu einer Sitzung gehen, und sind fünf Minuten nach Schluff schon wieder bei uns zu Hause.“

„Von „Fremde“ und „andern Kanton“ und „anderer Welt“ wird dann natürlich keine Rede mehr sein und...“

Aber da gewahrte Ephraim, daß der Bruder gar nicht zuhörte, doch er ein gequältes Gesicht schnitt, darin geschrieben stand: „Ach dieser Schwächer, dieser unerträgliche Schwächer“. Da gab sich denn Ephraim einen Ruck und stapfte weiter.

Keiner sprach mehr ein Wort. Jeder froh sich im stillen in einen schmerzlichen Jörn hinein: So etwas nannte man Bruder! Einen Kerl, der nichts verstand, nichts ahnte, ganz andere Interessen hatte! — Was war das jetzt für einen Bauern, für einen Bergbauern, für einen Knecht, über eine Flugmaschine nachzudenken? —

Aber das tat Ephraim immer! So dummes Zeug fiel ihm immer ein. Immer Dinge, die gar keinen praktischen Wert hatten! Flugzeug mit oder ohne Motor! Dummes Zeug, ein Bauer hatte Wichtigeres zu tun! — Je älter man wurde, desto Wichtigeres, Größeres, Ernsteres! Für immer mehr mußte man sorgen und denken: für die Gemeinde, für den Bezirk, für den Kanton, für das Vaterland! Dieses Denken und Sorgen für einen und alle, das war die Politik, war das, was dem Leben erst seinen Gehalt und Wert geben konnte. Aber davon hatte dieser Ephraim keine leise Ahnung. Dumm war der Mensch, dumm! Und das war nun sein Bruder.

Und in Ephraim bohrte es: Das ist nun mein Bruder! Das ist

ein Bauer! Ein Bergbauer! Herrjeses, wie lägen doch diese schweizerischen Bergromane! Diejenigen, die sie schreiben, kennen uns so wenig, wie uns die Städter kennen, die zu uns heraufsteigen. Aber die Menschen kennen einander überhaupt nicht. Hier oben in Horstetten leben noch mehr, die denken wie ich: es ist verfehrt, als Bergbauer geboren zu werden und zu sterben, verfehrt, in den Bergen seine Tage zu verbringen. Es ist schön in den Bergen. Es ist schön in der Wüste, es ist schön im Urwald, es ist schön auf dem Weltmeer. Warum darf ich sie niemals sehen, die Wüste und das Meer und den Urwald? Kann es nicht sein, daß ich auch dort und hier etwas nützen kann, daß Gaben und Kräfte in mir liegen, die noch bei anderem Werke Segen spenden als nur beim Welken und Nähen? Aber von all dem, seinen heimlichsten und lieblichsten Gedanken, von all dem, was dem Leben erst eigentlich Inhalt und Wert zu geben vermocht hätte, davon durfte man nicht reden. Davon hatte der eigene Bruder keine Ahnung. Wenn sie anfragen, über sich hinauszudenken, machten sie — in Politik, in Sorge für Gemeinde, Kanton und Vaterland... Die gleichen Fremdlinge, die in einer anderen Welt waren, wenn sie auf der anderen Talseite wohnten...“

Mit knappen, mürrischen Worten rüsteten die Brüder im Stadel im Leihboden das Heu und beluden damit ihre Schlitten. Einmal sagte Ephraim:

„Weißt du was, verkaufe mir dein Weibergut in Ramden!“

„Das würde dir passen!“ gab Georg hoshast zurück.

„Wir vertragen uns auf die Dauer doch nicht“, antwortete Ephraim düster.

„Dir kann man doch das Land nicht anvertrauen“, murkte Georg nach einiger Ueberlegung. „Was weiß man denn, was du mit deinen unpraktischen Ideen...“

„Unpraktischen Ideen!“ zuckte Ephraim auf, „Ihr mit eurer Gemeinde, eurem Bezirk, Kanton und Vaterland, ihr die ihr Fremdlinge macht aus den nächsten Nächsten, ihr müßt von unpraktischen Ideen reden! Unpraktischer als ihr, ihr sogenannten Politiker, die Welt eingerichtet habt, kann man sie wahrhaftig nicht einrichten! Ihr seid ja dumm...“

„Halts Maul oder...“

„Rein!“

„Doch!“

„Schlag zu mit deinem Heuhaken. Schlag mich tot, wie Rain seinen Bruder erschlug.“

Georg fuhr plötzlich zusammen. Er warf den Heuhaken von sich, trat zwischen die Schlittenhörner und fuhr mit seiner Last davon.

Als er beim Hinterbruch über die jähe Böschung niedersauste, fuhr es seinem Bruder, der ihm zusah, durch den Sinn: Wenn es ihn nur erschläge! Aber dann schnitt er ein Gesicht, als hätte er etwas Widerwärtiges im Gemaen und fuhr ebenfalls schleunigst davon.



Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde

Somit Bezahlung des Reichsbeitrags... Für die Woche vom 1. Oktober bis 7. Oktober 1923 betragen:

Der Vorstand: O. Geber, 2. Vorst. F. Hansberg, Schriftf.

Innungskrankenkasse d. Tischlerinnung zu Berlin

Vom Montag, den 1. Oktober 1923 ab gelten folgende Lohnsätze, Grundlöhne und Beiträge:

Der Vorstand: O. Geber, 2. Vorst. F. Hansberg, Schriftf.

Allg. Ortskrankenkasse Bld.-Wilmsdorf

Für die Woche vom 1. bis 7. Oktober 1923 gelten folgende Lohnsätze und Beiträge:

Der Vorstand: H. Engelhardt, 2. Vorst. Fr. Wiemann, Schriftf.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe d. Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin

Vom 1. bis 7. Oktober 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 30.000,00 Mark festgesetzt.

Unter Preis Angebote

Nur für Montag und Dienstag Entzückende Flossmäntel 450 Millionen. Eskimomäntel 917, 1150 Millionen.

Unter Preis Modelle

Pelzmäntel aus Seal-Electric, Biberette-Mäntel aus Pelz u Plüsch, Mohär-Astrachan-Mäntel, Stoffmäntel mit echten Pelzbesätzen.

Größe Eile geboten, da die Unterpreis-Modelle schnellstens vergriffen werden

Westmann

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Hermann Engel

Landsberger Straße 85-86-87

Extra billige Angebote

zu festen Marktpreisen, ungeachtet des höheren Dollarkurses!

Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe

Bluse aus Crepe maroquaine in bef. schönem Nacharten 544 000 000 450 000 000 Bluse aus reinvollenen Stoffen 595 000 000 425 000 000

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin

5 % Central-Roggenpfandbriefe

in den Verkehr, die an der Berliner Börse zugelassen sind und am Freitag einbezahlt werden.

Allg. Ortskrankenkasse f. Zehlendorf und Umg.

Vom 1. Oktober 1923 ab gelten folgende Lohnsätze, Grundlöhne und Beiträge:

Table with columns: Lohnsatz, Grundlohn, Täglicher Beitrag. Rows: I bis XII.

Der Vorstand: G. Winkler, 2. Vorst. H. Fischer, Schriftf.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

Für die Woche vom 1. bis 7. Oktober 1923 gelten folgende Lohnsätze, Grundlöhne und Beiträge:

Table with columns: Lohnsatz, Grundlohn, Täglicher Beitrag. Rows: I bis XII.

Der Vorstand: E. Thoma, 2. Vorst. H. Grunow, Schriftf.

Ortskrankenkasse d. Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin

Vom 1. Oktober 1923 ab ist der Höchstgrundlohn auf 200 Millionen festgesetzt.

Der Vorstand: H. Gutschke, 2. Vorst. J. Jermann, Schriftf.

Garderobe

Für Damen und Herren noch preiswert auf Teilzahlung!

Ausbau der Kinderfürsorge

Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher.

Ortskrankenkasse der Gärtler zu Berlin

Vom 1. Oktober 1923 ab ist der Höchstgrundlohn auf 200.000,00 Mark festgelegt.

Der Vorstand: A. Röder, 2. Vorst. D. Rautschke, Schriftf.

MÖBEL Schlaf-, Herren- und Speisezimmer Möbel, Kleiderarmaturen, Einzelmöbel.

Brillanten Zahngelbisse Platin, Gold-, Silber- und Juwelen.

Marken-Zigaretten we Saba, Juno, Salem und and. bekannte u. 300 Mill. an.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz Bekanntmachung

Ortskrankenkasse für die Gewerbe d. Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin

Marken-Zigaretten we Saba, Juno, Salem und and. bekannte u. 300 Mill. an.

Goldgelbe Orient-Zigaretten

Alte Zahngelbisse

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Röhrenmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht, Maschinen mit Garantie.

Behandlungstische, Wäsche usw.

Neu erdicht moderne Herrenanzüge, Tailormade, gut genäht, Maßarbeit.

Musikinstrumente

Flügel, Pianos, Harmoniums, Klavierschiffe, Klavierschiffe.

Fahrräder

Vergewaltigt, Motorräder, Motorräder, Motorräder.

Kaufgesuche

Gilberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat.

Möbel

Möbel, Schränke, Büchertische, Büchertische, Büchertische.

Musikinstrumente

Flügel, Pianos, Harmoniums, Klavierschiffe, Klavierschiffe.

Fahrräder

Vergewaltigt, Motorräder, Motorräder, Motorräder.

Kaufgesuche

Gilberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat.

Möbel

Möbel, Schränke, Büchertische, Büchertische, Büchertische.

Verkäufe

Röhrenmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht, Maschinen mit Garantie.

Behandlungstische, Wäsche usw.

Neu erdicht moderne Herrenanzüge, Tailormade, gut genäht, Maßarbeit.

Musikinstrumente

Flügel, Pianos, Harmoniums, Klavierschiffe, Klavierschiffe.

Fahrräder

Vergewaltigt, Motorräder, Motorräder, Motorräder.

Kaufgesuche

Gilberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat, Silberfärbende Chromat.

Möbel

Möbel, Schränke, Büchertische, Büchertische, Büchertische.

Verkäufe

Röhrenmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebraucht, Maschinen mit Garantie.

Behandlungstische, Wäsche usw.

Neu erdicht moderne Herrenanzüge, Tailormade, gut genäht, Maßarbeit.